

Feindliche Tätigkeiten westlicher Spionageorganisationen

5. Mai 1959

Information Nr. 250/59 – Materialien über die feindliche Tätigkeit imperialistischer Spionage- und Agentenorganisationen gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere sozialistische Länder und über die Rolle Westberlins als NATO-Stützpunkt

Quelle

BArch, MfS, ZAIG 185, Bl. 11–79 (4. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Winzer – Kein Nachweis für interne Verteilung.

Bemerkungen

Für das Jahr 1959 ist eine Liste überliefert, die alle Bericht der ZIG und ihre Adressaten enthält. In dieser Liste ist Winzer als Empfänger der Information ausgewiesen, nicht aber im Dokumentenkopf. Der Inhalt der Information wurde bereits 1958 verfasst, aber wahrscheinlich nicht verteilt. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen wurden die »Materialien über die feindliche Tätigkeit...« als Information Nr. 250 in den Jahrgang 1959 aufgenommen.

Verweise

Informationen [226/59](#) und [475/59](#).

[Faksimile von Blatt 11]

Inhaltsverzeichnis

A) Bericht über die Ausnutzung Westdeutschlands und besonders Westberlins zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR und zur Organisation einer aktiven feindlichen Tätigkeit gegen die DDR. (Vom 7.8.1958)

I. Westdeutschland und Westberlin als Zentrum der imperialistischen Geheimdienste und Agentenorganisationen und deren Wühl- und Unterminierungstätigkeit gegen die DDR und die volksdemokratischen Staaten

1. Zielsetzung und Aufgaben der Spionage- und Agentenzentralen ¹	Seite 3
2. Störung der Nachrichtenverbindungen der DDR durch imperialistische Geheimdienste	Seite 11
3. Desorganisation des innerdeutschen Handels und Sabotage der Wirtschaft der DDR im Auftrage westdeutscher Regierungsstellen und imperialistischer Geheimdienste	Seite 14
4. Tätigkeit imperialistischer Geheimdienste nach den volksdemokratischen Staaten	Seite 17

II. Mittel und Methoden der imperialistischen Geheimdienste, Bürger der DDR für ihre verbrecherische Tätigkeit auszunutzen.

1. Werbung durch Lockbriefe und fingierte Schreiben	Seite 21
2. Werbung Jugendlicher und Minderjähriger	Seite 22
3. Werbung von Besuchern Westberlins	Seite 25
4. Werbung von »Grenzgängern«	Seite 26
5. Werbung von Teilnehmern der DDR an internationalen wissenschaftlichen Tagungen	Seite 27
6. Behinderung des innerdeutschen Reiseverkehrs und dessen Ausnutzung zur Anwerbung	Seite 29

III. Charakter und Ziele der Agentenorganisationen, Mittel und Methoden ihrer feindlichen Tätigkeit gegen die DDR

1. Die sogenannte KgU ²	Seite 35
2. Der sogenannte UfJ ³	Seite 38
3. Die sogenannte VOS ⁴	Seite 40
4. Die sogenannten Ostbüros der Parteien und ihre Nebenorganisationen ⁵	Seite 41
5. Die Wühl- und Zersetzungsarbeit der Sender »RIAS« ⁶ und »Radio Freies Europa« ⁷	Seite 50
IV. Westdeutschland und Westberlin als Ausgangspunkt der Einschleusung von Hetzschriften und Fälschungen in die DDR	Seite 56
V. Die Zusammenarbeit der imperialistischen Geheimdienste und Agentenzentralen mit den Regierungs- und Senatsdienststellen	Seite 61

B) Anhang zum Bericht vom 7.8.1958 (Punkt A) (vom 18.9.1958)

1. Bundesnachrichtendienst	Seite 1
2. Bundesamt für Verfassungsschutz (BVSA)	Seite 3

3. Informationsbüro West (IWE) ⁸	Seite 13
---	-------------

4. Aufbau eines Funknetzes in der DDR zur Spionageübermittlung, zur Vorbereitung eines »Tages X« ⁹ und als Methode der Agentenverbindungen	Seite 17
---	-------------

C) Ergänzung zum Bericht vom 7.8.1958 (Punkt A) (vom 23.4.1959)¹⁰

D) Ergänzung zum Bericht vom 7.8.1958 (Punkt A):Betr. Einige Fakten über Westberlin als NATO-Stützpunkt (vom 23.4.1959)¹¹

I. Militärische Pläne und Maßnahmen	Seite 1
-------------------------------------	---------

II. Verletzung des Viermächtestatus Berlins durch die Einbeziehung Westberliner Betriebe in die Rüstungsproduktion	Seite 6
--	---------

III. Anlegung von Vorräten in Westberlin	Seite 14
--	----------

Bericht über die Ausnutzung Westdeutschlands und besonders Westberlins zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR und zur Organisation einer aktiven feindlichen Tätigkeit gegen die DDR¹²

Während sich die Regierung der DDR in ihrer Politik um die Erhaltung des Friedens und die Wiedervereinigung Deutschlands ständig von den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen leiten lässt, den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit zu gewährleisten, die Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zu achten, wird sie in ihren Bemühungen ständig von Kreisen behindert, die sich von Westdeutschland und insbesondere von Westberlin aus in die inneren Angelegenheiten der DDR einmischen. Diese Einmischung richtet sich gegen die verfassungsmäßige Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR und ist ein Ausdruck der aggressiven Politik der imperialistischen Kreise.

Mit großzügiger Billigung und Unterstützung – teilweise durch direkte Organisation – der westdeutschen und Westberliner Behörden und »demokratischen« Parteien und Organisationen sind Westdeutschland und der Brückenkopf Westberlin zu den wichtigsten Stützpunkten der imperialistischen Geheimdienste und deren Agenten- und Verbrecherorganisationen in Europa gemacht worden. Wie selbst westdeutsche und Westberliner Persönlichkeiten und auch Publikationsorgane zugeben mussten, ist besonders Westberlin zu einer Menschenfalle großen Maßstabes geworden.

Obwohl von der Regierung der DDR wiederholt auf die verbrecherische Tätigkeit der Spionage- und Agentenzentralen in Westdeutschland und Westberlin hingewiesen und deren Verbot wegen ihrer friedensgefährdenden Tätigkeit gefordert wurde, ist von den westdeutschen und Westberliner Behörden und Organisationen nichts unternommen worden, um den verbrecherischen Umtrieben Einhalt zu gebieten, sie sind im Gegenteil weiter gefördert und unterstützt worden.

I. Westdeutschland und Westberlin als Zentrum der imperialistischen Geheimdienste und Agentenorganisationen und deren Wühl- und Unterminierungstätigkeit gegen die DDR und die volksdemokratischen Staaten.

In den wegen ihrer Lage mitten im Gebiet der DDR für die Agententätigkeit besonders günstigen Westsektoren Berlins bestehen nach vorliegenden Unterlagen allein 62 Dienststellen imperialistischer Geheimdienste, davon

- 38 Dienststellen des amerikanischen Geheimdienstes,
- 2 Dienststellen des englischen Geheimdienstes,
- 9 Dienststellen des französischen Geheimdienstes,
- 4 Dienststellen der westdeutschen Geheimdienste und
- 9 Dienststellen der Emigrantenorganisationen, darunter ZOPE¹³ und NTS.¹⁴

Weitere 339 bisher bekannt gewordene Dienststellen imperialistischer Geheimdienste befinden sich in Westdeutschland, davon

- 150 Dienststellen des amerikanischen Geheimdienstes,
- 19 Dienststellen des englischen Geheimdienstes,
- 12 Dienststellen des französischen Geheimdienstes,
- 39 Dienststellen der westdeutschen Geheimdienste und
- 119 Dienststellen der Emigrantenorganisationen.

Diese Dienststellen betreiben mit Unterstützung der westdeutschen und Westberliner Behörden und Dienststellen eine umfangreiche Spionagetätigkeit und sind auch maßgeblich an der Organisation der gesamten Unterminierungs- und Zersetzungstätigkeit gegen die DDR beteiligt.

1. Zielsetzung und Aufgaben der Spionage und Agentenzentralen

Das ständige Erstarken und der immer größer werdende Einfluss der sozialistischen Länder auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet im Weltmaßstab zwang die Feinde, neben der psychologischen Kriegsführung bis zur Diversion und Sabotage, nach neuen Methoden zu suchen, von denen sie sich bei der Durchsetzung ihrer aggressiven Ziele mehr Erfolg versprachen. Deshalb konzentrieren sie sich jetzt, natürlich bei Beibehaltung ihrer bisherigen Methoden darauf, die sozialistischen Länder von innen heraus aufzuweichen und zu zersetzen, um so den *Sturz der Regierung dieser Länder herbeizuführen* und dort wieder *kapitalistische Verhältnisse zu schaffen*.

Dieses Ziel geht auch sehr deutlich aus dem Artikel »Die geheime Armee«, erschienen in der NATO-Zeitschrift »Allgemeine Militärrundschau« Nr. 8/57 hervor, wo sich der kanadische Captain *D. J. Goodspeed*¹⁵ über die drei Möglichkeiten, wie eine Regierung beseitigt werden könne, auslässt und sicher nicht von ungefähr werden diese Gedanken den führenden Militärs der NATO dort unterbreitet. Es sei nur eine von vielen gleichermaßen deutlichen Stellen zitiert, wo die »Notwendigkeit« eines Staatsstreiches, dessen Voraussetzungen und die einzuschlagende Taktik behandelt wird: »... Die ganze Philosophie des Staatsstreiches besteht darin, dass er ein plötzlicher und entscheidender Schlag gegen das Herz der Regierung ist, ein Rapiertstoß bis ans Heft, in die Lunge, der wirksamer ist als ein blutiges Abhacken der bewaffneten Glieder des Gegners ... Es ist möglich, dass der Staatsstreich in den militärischen Kalkulationen der Zukunft eine zunehmende Rolle spielen wird, wie der herkömmliche Krieg immer kostspieliger und ungewisser wird... Doch nur der größte Optimist kann hoffen, dass gewaltsame Lösungen politischer Probleme deshalb aufgegeben werden. Es ist sicher wahrscheinlicher, dass man nach anderen Methoden der Gewalttätigkeit suchen wird, und unter diesen verdient der Staatsstreich am ehesten Beachtung. Auch gibt es keinen Grund, warum das Interesse der freien Welt an diesem Problem allein auf seine defensiven Aspekte beschränkt werden sollte...« Diese eindeutigen Absichten werden dann noch in sehr spezieller Form ergänzt, wie: »Es gibt wahrscheinlich keinen besseren Weg zur Erreichung dieses Zieles, als einen oder zwei kluge Morde, vorzugsweise in jenen Gegenden, die der Sache der Anführer am gleichgültigsten gegenüberstehen.« Außerdem sei es noch notwendig, sich in größter Konspiration und äußerst diszipliniert zusammenzuschließen, ein »Zellensystem« und eine Sicherheitsabteilung zu entwickeln und den Nachrichtendienst der Regierung zu durchdringen.¹⁶

Diesen vorstehenden, teilweise zitierten Plänen ist noch hinzuzufügen, dass der Gegner seine Feindtätigkeit schon weitgehend in diesem Sinne umgestellt hat, was durch die veränderten Methoden der Feindtätigkeit bewiesen wird, die sämtlich auf das Ziel hinauslaufen, die Vorbereitungen für einen solchen Staatsstreich in der DDR zu schaffen, besser, als sie es schon in Ungarn und Polen versuchten.¹⁷ Dabei bedienen sie sich der bereits vorhandenen und speziell für diesen Zweck geschaffenen Spionage- und Agentenzentralen, wie sie schon genannt wurden.

Mit dem Ziel »die 1. Voraussetzung für einen erfolgreichen Staatsstreich« zu schaffen, wurde beispielsweise das »Ministerium für gesamtdeutsche Fragen«¹⁸ unter *Lemmer*¹⁹ immer mehr zu einem Zentrum der ideologischen Zersetzungstätigkeit gegen die DDR ausgebaut, um – wie Lemmer einmal formulierte – einen Druck auf die Regierung der DDR ausüben zu können und sie zu Zugeständnissen zu zwingen. Diese Zielsetzung Lemmers und der hinter ihm stehenden Kreise, die demagogischerweise als »Wiedervereinigungsprogramm« proklamiert wird, soll – natürlich unter Regie des »Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen« – auch zur »Wiedervereinigungspolitik« der bürgerlichen Parteien, der SPD, des DGB und der vielen anderen Organisationen und Institutionen in Westdeutschland gemacht werden, von den Agentenzentralen ganz abgesehen.

So ließ auch die SPD-Führung, besonders *Wehner*,²⁰ keinen Zweifel darüber aufkommen, dass sie diese Linie der verstärkten Aufweichung der DDR als ihre offizielle »Wiedervereinigungspolitik« akzeptiert. Das wurde besonders auf dem Stuttgarter Parteitag der SPD und auch in der Folgezeit sichtbar, wo *Wehner* »technische Kontakte« forderte und kritisierte, dass gesamtdeutsche Kontakte nur auf Handelsebene nicht den Bedingungen des »Kampfes gegen den Kommunismus« entsprächen.²¹ Deshalb gilt es, neue Kontakte zu schaffen und die schon bestehenden Kontakte »umzudrehen«. Im Parteivorstand der SPD soll dafür, neben dem weiter bestehenden »Ostbüro der SPD«²² ein »Referat Ost« aufgebaut werden, das sich besonders mit den Fragen der ideologischen Diversion gegen die DDR zu beschäftigen habe.

In der Zeit vom 14. bis 19.7.1958 fand in der »Heimvolkshochschule« der SPD in Bergneustadt ein »Kursus« des Ostbüros der SPD statt, an dem SPD-Funktionäre und DGB-Betriebsräte teilnahmen. Die Leitung dieser Agentenschulung hatte der Leiter des Ostbüros in Bonn, *Stephan Thomas*²³ übernommen. Dieser »Kursus« stand unter dem Thema: »Die kommende Tätigkeit des Ostbüros der SPD im Kampf gegen die DDR, die SED und den FDGB« und verfolgte die Aufgabe der Zersetzung des Staatsapparates der DDR sowie der SED und des FDGB durch das Ostbüro der SPD.

Im SPD-Unterbezirk Düsseldorf erteilte der Sekretär einigen Funktionären, die in der SPD selbst als Renegaten betrachtet werden, den Auftrag »Kontakte« zu Funktionären der SED und Massenorganisationen in der DDR aufzunehmen, mit dem Ziel, diese Führungskader zu zersetzen. Dies soll unter der Losung geschehen, dass die Beziehungen zwischen der SPD und der SED nach Ausschaltung der heute führenden Genossen der SED (also der konsequenten Vertreter des Marxismus-Leninismus) denkbar seien. Die Vorsitzende des SPD-Frauenausschusses Düsseldorf soll besonders innerhalb des DFD in dieser Richtung wirken.

Die gleiche Bereitschaft, die Aufweichungspolitik gegen die DDR zu forcieren, trifft für den DGB zu. Ein führender Funktionär des DGB erklärt, dass die Ablehnung jeglicher »Kontakte« mit dem FDGB durch den DGB verworfen werden muss, weil der DGB dadurch in der Defensive bleibe und keineswegs eine »erfolgreiche Infiltration und Einflussnahme auf den FDGB ausübe, was aber nötig sei«.

Der Leiter der Spezialschule des DGB für »Ost-West-Kontakte«, [Name 1], offenbarte beispielsweise die feindlichen Pläne wie folgt: Herstellung aller nur möglichen menschlichen, fachlichen, organisatorischen und kulturellen Kontakte zur »Zone«, um das »System der Zone« von innen heraus zu beseitigen. Das müsse durch Überwindung der »Resignation« der Bevölkerung der DDR und Ermutigung der Kräfte der »Opposition« in den Führungskadern der SED geschehen. Zu diesem Zweck müsse die Bundesrepublik auch eine Änderung des politischen Verhältnisses zu den ost- und südosteuropäischen Staaten vornehmen, weil sich dadurch Rückwirkungen auf die DDR ergeben würden. Eine Einmischung in innere Angelegenheiten der DDR stellen u. a. auch die Bestrebungen dar, durch »persönliche Kontakte« – wie sie beispielsweise das Lemmer-Ministerium empfiehlt – direkte Fühlung mit der Bevölkerung der DDR, besonders mit solchen Personen, die sie für ihre Pläne zugänglich halten, aufzunehmen. Auf dieser Ebene liegen die schon 1956 durchgeführten Gespräche zwischen Vertretern der FDP und LDP, wo die FDP-Funktionäre sondieren wollten, ob unter dem Deckmantel »gemeinsamer Berührungspunkte« Möglichkeiten bestehen, die LDPD aus dem Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien herauszubrechen und sie als Opposition gegen die DDR zu benutzen. Seit dieser Zeit wurde auch die Parole hervorgekehrt, dass Verhandlungen mit der »2. Garnitur« denkbar seien.

Die Bemühungen der FDP um inoffizielle Kontakte mit der LDP gehen insbesondere von Dr. Achenbach²⁴ aus, selbstverständlich im Einvernehmen mit Lemmer. FDP-Kreise in Frankfurt/M. bemühen sich in letzter Zeit besonders um einen Delegationsaustausch mit der LDPD in Magdeburg, deren Mitglieder »im kleinen Kreis« durch politische Gespräche »bearbeitet« werden sollen. Damit der Kontakt nicht abreißt, sollen auf beiden Seiten »Verbindungsleute« bestimmt werden.

Diese mit dem Wiedervereinigungsgedanken getarnte und auf die Leichtgläubigkeit und das wirklich ernsthafte Wollen der Bevölkerung der DDR zur Wiedervereinigung spekulierende Version soll für zahlreiche *kontrollierbare* Kontakte sorgen, mittels derer die staatlichen Organe der DDR, die SED und alle anderen fortschrittlichen Kräfte isoliert und deren Einfluss ausgeschaltet werden soll. Auf der gleichen Linie liegen die Versuche, alle offiziellen Kontakte für eine Infiltration auszunutzen, angefangen bei Sportdelegationen und kulturellen Zusammentreffen bis zur Einladung von Studenten nach Westdeutschland und der Zahlung von Beihilfen an DDR-Bürger, die sich in Westdeutschland besuchsweise aufhalten. Bezeichnend ist, dass ein großer Teil dieser Zusammentreffen vom Lemmer-Ministerium finanziert wird.

In einer konstituierenden Sitzung des »Kreises der Freunde des Sports im Bundestag«, an der Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen, Lemmer, Vertreter des Bonner Innenministeriums und des Deutschen Sportbundes (DSB) teilnahmen, erklärte der Präsident des DSB, Daume,²⁵ seine Bereitschaft, den mitteldeutschen Sport in den Dienst der Aufweichpolitik zu stellen und forderte dafür von der Bundesregierung entsprechende finanzielle Mittel. Als eine Methode beabsichtigt man, den westdeutschen Sportverkehr stärker a) auf solche Nationen (auch oder besonders kapitalistische) auszudehnen, mit denen die DDR in immer stärker werdenden Beziehungen steht, um das Ansehen der DDR bei diesen Nationen zu mindern und gleichzeitig zu verhindern, dass die DDR mittels sportlicher Beziehungen Anerkennung als souveräner deutscher Staat findet
b) mit den »Ostblockstaaten«, einschließlich der DDR aufzunehmen, um durch regen Delegationsaustausch aufweichende und konterrevolutionäre Tendenzen in diesen Staaten zu fördern.

Die zahlreichen von den im »Bundesjugendring«²⁶ und im »Ring politischer Jugend«²⁷ vertretenen Organisationen durchgeführten »Ost-West-Begegnungen« werden wie viele andere ausnahmslos vom Lemmer-Ministerium finanziert, was Lemmer mit der Forderung verknüpft, dass immer mehr derartige Begegnungen organisiert und dabei immer größere Teilnehmerkreise erfasst werden.

In gleich starkem Maße versucht der Gegner für seine Pläne die Studentenkreise einzubeziehen. Der »Sozialistische Deutsche Studentenbund«,²⁸ Landesverband Westberlin z. B. verfolgte schon 1956 das Ziel – wie der Landesvorsitzende Büsch²⁹ erklärte, »an den Universitäten der DDR einen dauernden Unruhezustand zu schaffen«. Dies geschah in Übereinstimmung und mit Unterstützung der SPD in Westberlin, die – wie Brandt³⁰ zusagte – dafür Mittel zur Verfügung stellen wollte. Zu diesem Zweck sollte auch ein Ausschuss gebildet werden, der sich ständig mit der Hochschulsituation in der DDR befasst.

Wie das Vorstandsmitglied des Westberliner DGB Anneliese Holtz³¹ anlässlich einer Landesvollversammlung der »Gewerkschaftlichen Studentengemeinschaft«³² erklärte, soll die GSG zum »geistigen Zentrum einer Widerstandsbewegung unter den Studenten der DDR« und zum Sammelbecken aller Feinde der DDR gemacht werden.

Neben der Zielsetzung der aktiven Kriegsvorbereitung fand auch die ihr untergeordnete Organisierung von Sabotage- und Diversionsakten ihre erneute Bestätigung in dem im August 1957 vor dem Obersten Gericht der DDR durchgeführten Prozess gegen die Abteilungsleiter der CIC – Hauptleitstelle 8 in Berlin – Lichterfelde-West, Spindelmühlerweg 27, Chrobock³³ und Weihe^{34, 35}. In den vorgelegten Originaldokumenten, die direkte Anweisungen des CIC – Hauptquartiers in Frankfurt/M. und der CIC – Hauptleitstelle 8 in Westberlin enthielten, wurden diese Ziele der Wühlätigkeit, besonders des amerikanischen Geheimdienstes dokumentiert.

In diesen Dokumenten werden die Abteilungsleiter angewiesen, ihre Agenten – sogenannte V-Leute – auf den Kriegsfall vorzubereiten und mit der Schaffung von Waffen- und Sprengstofflagern, von Funkstützpunkten und Funkschleusen sowie von Unterkünften für konterrevolutionäre Banden im Gebiet der DDR, der Volksrepublik Polen und der ČSR zu beginnen. In Durchführung dieser Anweisungen wird von den Geheimdiensten verstärkt daran gearbeitet, die geworbenen Personen nach Prüfung ihrer »Eignung« zur Spionage- und Untergrundtätigkeit in Agentengruppen zusammenzufassen, die dann mit Funkgeräten, Waffen, Munition und Sprengstoffen ausgerüstet werden. (Vom MfS wurde bereits eine Reihe von Personen festgenommen, die von den verschiedenen imperialistischen Geheimdiensten mit Funkgeräten, Codematerialien usw. ausgerüstet waren und den Auftrag hatten, erst im »Ernstfall«, d. h. bei Ausbruch eines Krieges oder einer bewaffneten Provokation, in Aktion zu treten.)

Neben diesen Aufgaben wird von den imperialistischen Geheimdiensten eine umfangreiche politische, wirtschaftliche und militärische Spionagetätigkeit betrieben. Dafür liegen umfangreiche Beweise vor und das ist auch aus dem weiteren Inhalt des Berichtes ersichtlich bzw. wird als allgemein bekannt vorausgesetzt.

Im Zusammenhang mit der Gesamtkonzeption des Gegners muss auch der stark forcierte Aufbau der zahlreichen Institute und Gesellschaften für »Ostforschung« in Westdeutschland gesehen werden, deren Existenzbegründung vom Bundestagsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten wie folgt formuliert wurde: »Ausgehend von den Notwendigkeiten der praktischen Politik, aber auch aus Gründen einer weit zurückreichenden und unlöslichen Verknüpfung Deutschlands mit der geschichtlichen und geistigen Entwicklung des europäischen Ostens, bedarf es in der Bundesrepublik einer allseitigen Forschung und Lehre über die Probleme des Ostens.« Die Ostforschungsinstitute hätten außerdem die Aufgabe, einer »fruchtbaren Auseinandersetzung mit dem System, dass sie (die Ostgebiete) gegenwärtig beherrscht«, wie es die Kulturminister der Bundesländer ausdrückten und was wohl den Charakter der Ostforschungsinstitute eindeutig beleuchtet. Ebenso aufschlussreich für die wirklichen Ziele dieser Institute und für ihre Abhängigkeit ist, wenn man deren Geldgeber kennt. So unterstützt beispielsweise das Bonner Auswärtige Amt die verschiedensten dieser und ähnlicher Institute und Gesellschaften, teils durch direkte Zuwendungen (die in vielen Fällen 90 % des Gesamthaushaltes solcher Gesellschaften ausmachen) und durch Auftragserteilung und »zweckgebundene« Honorare im Rechnungsjahr 1957/58 mit 685 200 DM, wogegen für das Rechnungsjahr 1959 schon bedeutend höhere Beträge vorgesehen sind. Zum gleichen Zweck wurde vom Bundesministerium 435 000 DM und vom Bundeswirtschaftsministerium über eine Million Mark zur Verfügung gestellt. Auch das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen ist an dieser Finanzierung mit hohen Summen beteiligt. Die »Freie Universität« in Westberlin erhält aus der Rockefeller-Stiftung³⁶ 133 000 DM für das »Studium des Marxismus-Leninismus«.

2. Störung der Nachrichtenverbindungen der DDR durch imperialistische Geheimdienste

Ein besonders sichtbarer Ausdruck der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR durch die Dienststellen der imperialistischen Geheimdienste ist die Spionage mittels der Nachrichtenverbindungen der Deutschen Demokratischen Republik. Die Agenten werden beauftragt, wichtige Kabel- und Telefonleitungen der Deutschen Post und der Deutschen Reichsbahn auszukundschaften und ausgerüstet mit den dazu notwendigen technischen Mitteln, anzuzapfen bzw. solche Verbindungen nach dem Gebiet der DDR illegal zu schaffen. In einer streng vertraulichen Anweisung über »geheime Drahtverbindungen West-Berlin – Ost-Berlin« des Bundesnachrichtendienstes z. B. heißt es: »Die Bemühungen um geheime Drahtverbindungen zwischen Ost- und Westsektor sind weiter fortzusetzen.«

Auch vom amerikanischen Geheimdienst MID wurden Versuche unternommen, entlang der Sektorengrenzen Telefonschleusen nach der DDR zu legen.³⁷ Die betreffenden Agenten konnten festgenommen werden. Der amerikanische Geheimdienst unterhält zu diesem Zweck eine Sonderorganisation, die als CIS (Communication Intelligence Service) bezeichnet wird und der auch die Telefon- und Postüberwachung der amerikanischen Staatsbürger in Deutschland obliegt.³⁸ Die Westberliner Leitstelle des CIS befindet sich in unterirdischen Räumen in Berlin-Tempelhof, am Columbiadamm, Platz der Luftbrücke, und trägt die Tarnbezeichnung »Station H«. Ihr Leiter ist ein gewisser *Dr. Hermann*³⁹ Von dieser CIS-Leitstelle wurden bzw. werden u. a. Abhörzentralen in Berlin-Grunewald, in Berlin-Tempelhof, in der ehemaligen Infanterie-Kaserne, am Mehringdamm in Berlin-Schöneberg in der Winterfeldtstraße usw. unterhalten. Der englische Geheimdienst unterhält solche Abhörzentralen u. a. in seinem Hauptquartier im Olympiastadion in Westberlin.

Von diesen Abhörzentralen werden die durch das Westberliner Gebiet führenden Leitungen der Deutschen Post und der Deutschen Reichsbahn wie Reichsbahnsignalleitungen, Telefonleitungen zwischen dem Schnellamt⁴⁰ Berlin und Falkensee, Berlin und Staaken sowie Berlin und Potsdam-Babelsberg angezapft und die Gespräche abgehört. Durch die amerikanische Abhörzentrale in Berlin-Grunewald z. B. wurden die über die Leitungen der S-Bahnhöfe Grunewald und Wannsee sowie des Reichsbahnausbesserungswerkes Grunewald geführten Gespräche systematisch abgehört. Das durch Westberlin führende Reichsbahnkabel 22 wurde im Gebiet der alten Reichsbahndirektion am Schöneberger Ufer angezapft und direkt an die CIC – Zentrale am Columbiadamm geschaltet. Bei der Kompliziertheit der für die Betriebssicherheit notwendigen Sprech- und Signalanlagen der Reichsbahn wird durch diese Eingriffe der gesamte Verkehr in sehr starkem Maße gefährdet. Im Zusammenhang damit wird auf den bekannten Spionagetunnel in Berlin-Alt-Glienicke verwiesen, mit dessen Hilfe gleichfalls wichtige Fernsprechkabel der Deutschen Post und der sowjetischen Streitkräfte angezapft wurden.

Die Existenz dieser Abhörzentralen dient jedoch nicht nur dazu, Spionagenachrichten aus der DDR zu erhalten, sondern gleichfalls, mit Billigung der Westberliner Postverwaltung, um auch Bürger und gesellschaftliche und behördliche Einrichtungen Westberlins laufend zu überwachen. Dabei werden in flagranter Weise die internationalen Bestimmungen verletzt. Von dieser Bespitzelung ist kein Westberliner Bürger ausgeschlossen. Dabei werden u. a. auch solche international bekannten und geachteten Persönlichkeiten überwacht wie

- Groscurth, Anneliese,⁴¹ Berlin-Charlottenburg, [Straße, Nr.], Tel. [Nr.],
- Prof. Dr. Pohle, Hermann,⁴² Berlin W 30, [Straße, Nr.], Tel. [Nr.],
- [Name 2, Vorname], Berlin-Charlottenburg, [Straße, Nr.], Tel. [Nr.], Dolmetscher beim Senat.

Die auf diese Weise auf Tonband aufgenommenen Gespräche werden auf vorgedruckten Formularen amerikanischen Ursprungs wörtlich niederge-

3. Desorganisation des innerdeutschen Handels und Sabotage der Wirtschaft der DDR im Auftrage westdeutscher Regierungsdienststellen und imperialistischer Geheimdienste

Von den westdeutschen Regierungsdienststellen werden unter direkter Leitung des »Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen«, Lemmer und des Beauftragten der Bundesrepublik in Westberlin, Dr. Vockel,⁴³ umfangreiche Maßnahmen zur Störung und Desorganisation des innerdeutschen Handels durchgeführt.

Die Wirtschaftsgruppen wurden auf Veranlassung von Lemmer durch das »Bundswirtschaftsministerium« angewiesen, jede Verhandlung so zu steuern, dass der Anschein entstehe, es liege ausschließlich an den wirtschaftlichen Verhältnissen der DDR, wenn das Ziel im innerdeutschen Handel nicht erreicht werden könne. Auf Warenangebote der DDR soll bei den Verhandlungen mit der Bitte eingegangen werden, eine gewisse Zeit zur Prüfung zu erhalten. Nach längerer Zeit soll dann die Erklärung abgegeben werden, dass die angebotenen Waren wegen genügender Eigenproduktion nicht oder nur in kleinen Mengen eingeführt werden können. Durch diese Methode soll die Wirtschaft der DDR desorganisiert werden. In diesem Zusammenhang muss auch die Anweisung des »Bundswirtschaftsministeriums« gesehen werden, nur solche Waren für den Bezug im innerdeutschen Handel anzumelden, »die im gesamten Angebot auf dem westdeutschen Markt untergehen und keineswegs ins Gewicht fallen«.

Desgleichen besteht die Anweisung, Ausschreibungen und Genehmigungen im innerdeutschen Handel – vor allem Bezugsgenehmigungen – sehr langsam und schleppend zu erteilen bzw. zu veröffentlichen, um termingemäße Disponierungen zu verhindern und den westdeutschen Kaufleuten langsam die Lust am innerdeutschen Handel zu nehmen. Beim »Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft« in Frankfurt/M. liegt eine dementsprechende Anweisung vor, besonders die Anträge der Mitglieder des »Ausschusses zur Förderung des deutschen Handels« eingehend zu prüfen und damit möglichst lange zu verzögern.

(Der Leiter der Treuhandstelle für Interzonenhandel in Berlin, Dr. Leopold,⁴⁴ ist Lemmer gegenüber zur wöchentlichen Berichterstattung verpflichtet, welche Auswirkungen diese Maßnahme auf den innerdeutschen Handel gehabt haben und welche neuen Möglichkeiten sich für eine Fortsetzung der Tätigkeit ergeben. Das »Bundswirtschaftsministerium« – Gruppe Außenhandel – muss Lemmer monatlich über folgende Punkte berichten:

1. Kontenstand
2. Auswirkungen auf die angewiesenen Handhabungen
3. Neue Vorschläge für weitere Störmaßnahmen)

Die Desorganisation der Wirtschaft der DDR soll entsprechend den Plänen des »Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen« auch durch den verstärkten Abzug von Facharbeitern und anderen Arbeitskräften aus der DDR erfolgen. In einer Sitzung der CDU-Bundestagsfraktion, in der eine Auswertung des V. Parteitages der SED⁴⁵ erfolgte, wurden von Vertretern des »Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen« folgende Maßnahmen zur Begünstigung der illegalen Abwanderung von Bürgern der DDR angeregt und beschlossen:

1. Republikflüchtige sollen vorrangig Wohnungen und Arbeitsplätze erhalten,
2. ab sofort sollen an Republikflüchtige höhere Überbrückungs- und Unterstützungsgelder gezahlt werden,
3. ab sofort sollen Republikflüchtige großzügige Kredite erhalten, besonders zum Aufbau der sogenannten »Flüchtlingsindustrie«,
4. die Anerkennung von Republikflüchtigen soll erleichtert und schneller durchgeführt werden,
5. Republikflüchtige sollen in sozialer Hinsicht (Rente, Krankengeld usw.) sofort der westdeutschen Bevölkerung gleichgestellt werden.

Die imperialistischen Geheimdienste beauftragen aber auch ihre Agenten in der DDR – besonders wenn sie in verantwortlichen Funktionen tätig sind – mit umfangreicher Desorganisation und Sabotage der Wirtschaft der DDR.

So wurde z. B. der ehemalige Einkäufer im VEH DIA⁴⁶ – Nahrung, [Name 3] vom französischen Geheimdienst beauftragt, neben seiner umfangreichen Spionagetätigkeit und Zuführung weiterer [Spione] seine Funktion als Einkäufer zur Schädlingstätigkeit auszunutzen. Er hat dann auch auftragsgemäß bei Abschluss von Verträgen mit kapitalistischen Firmen die Verhandlungen so geführt, dass der DDR neben dem materiellen ein finanzieller Verlust von 750 000 DM entstanden ist.

Der ehemalige stellv. Hauptbuchhalter im Volkseigenen Versorgungs- und Lagerkontor Fleisch, Fett und Molkereiprodukte, [Name 4] betrieb seit 1953 für den CIC Spionage wirtschaftlicher und politischer Art und führte eine umfangreiche Schädlingstätigkeit durch. Er desorganisierte das Rechnungswesen des Betriebes so, dass die Kontrolle der finanziellen Beziehungen innerhalb des Betriebes sowie im Verkehr mit den Betrieben der volkseigenen und privaten Wirtschaft unmöglich gemacht wurde. Der dadurch entstandene Schaden beläuft sich auf über 100 Millionen DM.

Der ehemalige Leiter der Abteilung kaufm. Angelegenheiten und Finanzen und spätere Hauptbuchhalter des Ministeriums für Schwerindustrie, *Zibat, Richard*,⁴⁷ betrieb ebenfalls für den amerikanischen Geheimdienst Wirtschaftsspionage und umfangreiche Schädlingstätigkeit. Letztere bestand vor allem darin, dass Zibat gesetzwidrige Anweisungen mit falschen Kennziffern an die Industriezweige herausgab, die Arbeitsanweisungen nicht entsprechend den Industriezweigen aufeinander abstimme, keine Arbeitspläne aufstellte und die Arbeit dem Selbstlauf überließ.

Der ehemalige Hauptreferent im Ministerium für Leichtindustrie, *Hohmuth, Otto*,⁴⁸ leistete umfangreiche Schädlingstätigkeit auf dem Gebiet der Textilveredlung, indem er die Farbstoffimporte der DDR zugunsten der CIBA AG Basel einführte.⁴⁹ Im Auftrage der Konzernleitung der CIBA AG bereitete er außerdem gemeinsam mit deren Vertreter [Name 5] die Abwerbung leitender Spezialisten der DDR nach dem Zweigwerk des CIBA-Konzerns in Toms River/USA vor, wozu auch der amerikanische Geheimdienst hinzugezogen werden sollte.

Der amerikanische Geheimdienst erteilt auch anderweitig Aufträge an seine Agenten, die zu einer wirtschaftlichen Schädigung der DDR führer. Die Agenten *Klaus Karp*,⁵⁰ *Karl-Heinz Hintzmann*⁵¹ und *Siegfried Kurzhals*⁵² z. B. erhielten den Auftrag, Spezialröhren und Konstruktionsunterlagen über Röhren neuester Erfindungen an den Geheimdienst auszuliefern. Der Agent [Name 6, Vorname] erhielt den Auftrag, zahlreiche Röhren und andere elektrotechnische Geräte dem MID in Westberlin zu überbringen.

4. Tätigkeit imperialistischer Geheimdienste nach den volksdemokratischen Staaten

Die Wühl­tätigkeit der imperialistischen Geheimdienste richtet sich nicht nur gegen die DDR, sondern auch gegen die volksdemokratischen Staaten. Die imperialistischen Spionagezentralen verletzen die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik und die international anerkannten Regeln des Völkerrechts in besonders grober Weise, indem sie Agenten und Spione mit gefälschten Ausweispapieren der DDR und der volksdemokratischen Staaten ausrüsten und sie damit von Westberlin aus über das Gebiet der DDR in die ČSR und die Volksrepublik Polen einschleusen.

Der Agent *Stricker, Rudolf*,⁵³ geb. am [Tag, Monat] 1905 in Maiwaldau, wurde durch die Dienststelle des amerikanischen Geheimdienstes in Berlin-Dahlem, Archivstraße 2 angeworben und beauftragt, Agenten in die Volksrepublik Polen und die ČSR einzuschleusen. Stricker schleuste insgesamt sieben geschulte Agenten des amerikanischen Geheimdienstes mit Kraftfahrzeugen von Westberlin aus in das Gebiet der deutsch-polnischen und deutsch-tschechoslowakischen Staatsgrenzen. Vier davon brachte er nach ihrer Wühl­tätigkeit in den volksdemokratischen Ländern von der Grenze wieder nach Westberlin zurück.

*Kubanka, Jan*⁵⁴ wurde, nachdem er wegen schweren Diebstahls aus der ČSR flüchtete, von dem CIC-Spionageoffizier [Name 7] mit gefälschten Ausweisen, einem Kompass und einer Schusswaffe ausgerüstet in die ČSR eingeschleust, um dort Spionage zu betreiben. Nach Durchführung seines Auftrages wurde er im Gebiet der DDR auf der Rückkehr nach Westberlin gestellt. Dabei erschoss er einen Volkspolizisten.

Der ehemalige polnische Staatsbürger *Szuminski, Benedykt*,⁵⁵ war 1953 von Volkspolen nach Westberlin geflüchtet, weil er 20 000 Złoty unterschlagen hatte und sich seiner Bestrafung entziehen wollte. In Westberlin und später in Westdeutschland wurde Szuminski vom amerikanischen Geheimdienst geschult und auf eine Spionagetätigkeit vorbereitet. Von Westberlin aus wurde er in die DDR eingeschleust, um von dort aus dann selbstständig über die Grenze nach Volkspolen zu gehen und Spionagearbeit zu leisten. In Warschau warb er Personen an und bildete Untergrundgruppen. Nach Auftragsdurchführung kehrte er nach Westberlin zurück, um seinen Auftraggebern zu berichten. Szuminski erhielt erneut den Auftrag von Westberlin illegal in die Volksrepublik Polen zu reisen, um weitere Untergrundgruppen zu bilden. Weiterhin sollte er einen Offizier der polnischen Luftwaffe mit einem Düsenjäger zur Desertion nach Westberlin veranlassen. Szuminski wurde mit gefälschten Ausweisen der DDR und Volkspolens, mit Schuss- und Stichwaffen, Karten und Geld in deutscher und polnischer Währung ausgerüstet.

Der ehemalige polnische Staatsbürger *Plasa, Max*⁵⁶ hielt sich seit 1952 als Obdachloser in Düsseldorf und Frankfurt/M. auf. Während dieser Zeit bestritt er seinen Lebensunterhalt durch Gelegenheitsarbeiten, Diebstähle, Raubüberfälle und andere kriminelle Verbrechen. Im Februar 1956 führte Plasa mit einer aus der DDR geflüchteten Person in Frankfurt/M. einen Einbruchsdiebstahl in der Gastwirtschaft der Frau [Vorname Name 8] durch, um die Kasse auszurauben. Da sich die [Name 8] wehrte, schlug Plasa auf sie ein, bis sie ohnmächtig war. Mit dem Inhalt der Kasse entflohen Plasa und sein Komplize, ohne sich nochmals um die [Name 8] zu bemühen, die anschließend an den ihr beigebrachten Schädelverletzungen verstorben ist. *Plasa* setzte von diesem Raubüberfall die Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes in Kenntnis, mit denen er kurze Zeit später in Verbindung kam. Die Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes [Name 9] und [Name 10] übergaben *Plasa* nicht der Polizei, sondern machten ihm das Angebot, Fahrten in das Gebiet der Volksrepublik Polen durchzuführen, um dort Militärspionage zu betreiben. *Plasa* erklärte sich dazu bereit und wurde durch den Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes [Name 10] für die von ihm in der späteren Zeit durchzuführende Spionagetätigkeit in der Volksrepublik Polen geschult. Seine Ausbildung währte bis Ende Juni 1956. Danach wurde *Plasa* in einem amerikanischen Militärflugzeug von Frankfurt/M. nach Westberlin gebracht, wo er den Auftrag erhielt, illegal in das Gebiet der Volksrepublik Polen einzureisen, um dort militärische Objekte auszukundschaften und zu beobachten. Für eine durchgeführte Fahrt sollte *Plasa* 2 000 Westmark erhalten. Für seine Spionagefahrt nach Polen wurden *Plasa* vom amerikanischen Geheimdienst gefälschte Ausweispapiere der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen zur Verfügung gestellt, die auf den Namen *Max Weber* und *Josef Borowski* ausgeschrieben waren. Außerdem erhielt *Plasa* noch Geld in der Währung der Deutschen Notenbank und der Polnischen Staatsbank sowie Gummibeutel, in die er seine Ausweispapiere und Bekleidungsgegenstände beim Durchschwimmen der Neiße verpacken sollte.

Der Agent [Name 11, Vorname] verließ Ende Oktober 1957 illegal die DDR und begab sich nach Westberlin. Im Flüchtlingslager Berlin-Marielfelde wurde er von dem Mitarbeiter des MID »Fischer«⁵⁷ zur Spionagetätigkeit gegen die Volksrepublik Polen angeworben und zur Ausbildung nach Kassel ausgeflogen. Nach dieser Ausbildung führte [Name 11] im Auftrage des MID Spionagefahrten in die Volksrepublik Polen durch, wobei er besonders militärische Objekte auskundschaftete und Informationen darüber zu sammeln hatte. Seine letzte Spionagefahrt fand Mitte März 1958 statt. [Name 11] erhielt, wie alle anderen Agenten, vom amerikanischen Geheimdienst gefälschte Ausweise der DDR und der Volksrepublik Polen. Bei seiner letzten Spionagefahrt war er außerdem im Besitz gefälschter Fahrkarten, eines gefälschten Visums des Ministeriums des Innern der DDR und größerer Geldbeträge der Deutschen Notenbank und der Polnischen Staatsbank. Der Agent [Name 12, Vorname], Angestellter der Deutschen Schifffahrtsgesellschaft, erhielt vom englischen Geheimdienst Secret Intelligence Service (SIS)⁵⁸ den Auftrag, gegen hohe Bezahlung Pakete mit Hetzschriften auf Schiffen der Deutschen Schifffahrtsgesellschaft nach Polen einzuschleusen.

Der Agent [Name 13, Vorname] war Brigadefahrer der Deutschen Reichsbahn und auf der Strecke nach der Sowjetunion eingesetzt. Vom englischen Geheimdienst SIS erhielt er den Auftrag, Uhren und andere Schmuckgegenstände in die Sowjetunion einzuschmuggeln und dort zu verkaufen, um so größere Beträge sowjetischer Währung zu erhalten. Diese Beträge sollte er nach Westberlin überbringen. Der englische Geheimdienst beabsichtigte mit diesen Geldbeträgen Agenten zu finanzieren, die in die Sowjetunion eingeschleust werden.

II. Mittel und Methoden der imperialistischen Geheimdienste, Bürger der DDR für ihre verbrecherische Tätigkeit auszunutzen

Für ihre feindliche Tätigkeit gegen die DDR werden von den Geheimdiensten und Agentenzentralen in großem Umfang Anwerbungen von Bürgern der DDR vorgenommen. Die dabei angewandten Methoden zeigen anschaulich, dass vor keinem noch so verwerflichen Mittel zurückgeschreckt wird und selbst Drohungen und Gewalttätigkeiten angewandt werden, um die Person für die Feindtätigkeit gefügig zu machen. Diese Mittel und Methoden und die Ausnutzung der Personen für die verbrecherische Tätigkeit stellen eine große Einmischung in die persönlichen Freiheiten der Bürger der DDR dar. Das zeigen die nachfolgenden Beispiele:

1. Werbung durch Lockbriefe und fingierte Schreiben

Der vom MfS festgenommene *Wache*, Hermann,⁵⁹ hauptamtlicher Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes MID (Military Intelligence Division)⁶⁰ und Leiter der Agentenwerbebüros »Elan-Agentur« in Berlin-Charlottenburg, Giesebrechtstraße 3 und »ANS – Berlin Büro« in Berlin-Charlottenburg, Nürnberger Straße 21 hat im Verlaufe seiner Tätigkeit ca. 450 Lockbriefe an Bürger der DDR gesandt, vorwiegend an Betriebsinhaber, in denen er sie aufforderte, die »Elan-Agentur« in Westberlin zur Anbahnung von Geschäftsverbindungen zwischen Westberlin und ihren Firmen in der DDR aufzusuchen. Bei Bürgern der DDR, die diesen Briefen Glauben schenkten und die genannten Werbebüros in Westberlin aufsuchten, wurde von *Wache* versucht, sie zur Spionagetätigkeit anzuwerben, was auch unter Versprechungen in ca. 25 Fällen gelungen ist. *Wache* hat sich weiterhin besonders darauf konzentriert, Bewohner der DDR oder des demokratischen Sektors von Berlin, die in Westberlin zu Besuch weilten oder dort Kinos und Gaststätten aufsuchten, für den amerikanischen Geheimdienst anzuwerben. Angeworbene Westberliner Bürger erhielten von *Wache* für ihre Fahrten in die DDR gefälschte Ausweispapiere, darunter Personalausweise, Geschäftskarten, Auftragsbücher, Geschäftsbogen und Arbeitsbescheinigungen.

Die MID – Dienststelle Berlin-Dahlem, Ihnestraße 45, ging sogar soweit, Annoncen in der demokratischen Presse auszunutzen, um Bürger der DDR für ihre Spionagetätigkeit zu gewinnen. So hatte ein Bewohner der DDR im »Neuen Deutschland« eine Annonce zur Suche eines besseren Arbeitsverhältnisses aufgegeben. Er wurde daraufhin angeschrieben und am 15.4.1958 zu einem [Name 14] nach Westberlin bestellt (Telefon [Nr.]). Als diese Person der Aufforderung nachkam und sich in Westberlin unter der genannten Telefonnummer meldete, wurde er mit dem Mitarbeiter des Geheimdienstes [Name 15] in Verbindung gebracht und sollte im Hotel »Savigny« angeworben werden. Zu diesem Zweck wurde ihm eine Stellung als kaufmännischer Leiter eines westdeutschen Unternehmens der englischen Firma »Earlton« mit einem Monatsgehalt von 1 000 DM angeboten.

2. Werbung Jugendlicher und Minderjähriger

Der Resident des amerikanischen Geheimdienstes MID, *Steinborn*, Herbert,⁶¹ wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf, [Straße, Nr.], wirbt besonders Jugendliche aus dem demokratischen Sektor und aus der DDR an, die er dann für Militärspionage ausnutzt. Zu diesem Zweck hält er sich besonders in Spielkasinos auf, u. a. im Spielcasino »Bei Paule« in Berlin-Wedding, Badstraße, wo er die Jugendlichen anspricht und unter Versprechung von Geld zur Mitarbeit verleitet. Außerdem hat er verschiedene Personen in Westberlin als »Zuführer« eingesetzt, darunter die Serviererin [Vorname Name 16], die im Café⁶² Erdmann am Hohenzollerndamm beschäftigt ist und die Aufgabe hat, Besucher aus der DDR und dem demokratischen Sektor von Berlin anzusprechen und *Steinborn* zur Anwerbung zuzuführen.

Die MID-Dienststelle Berlin-Zehlendorf, Podbielskiallee 66, die sich ausschließlich mit der Werbung von Agenten befasst und diese dann an die verschiedenen speziellen Dienststellen des amerikanischen Geheimdienstes weitergibt, wirbt ebenfalls in größerem Umfange Jugendliche für die verbrecherische Tätigkeit gegen die DDR an. Für den MID hat auch der vom MfS verhaftete und bereits wegen Spionage vorbestrafte Resident, *Klosa*, Wolfgang,⁶³ gearbeitet. Nach seiner Haftentlassung war er im Oktober 1955 erneut mit dem MID in Verbindung gekommen und von dem Leiter der Dienststelle Berlin-Zehlendorf/West, Bogotastraße 19, beauftragt worden, in der Wohnung seiner Eltern in Berlin N 20, [Straße, Nr.] ein Werbebüro einzurichten und sich Schlepper anzuwerben, um so systematisch Massenwerbungen von Personen aus dem demokratischen Sektor von Berlin und dem Gebiet der DDR zu organisieren. Auftragsgemäß hat sich *Klosa* 20 Schlepper angeworben, die ihm ca. 320 Personen – vorwiegend Jugendliche – zuführten. Diese hat er in seinem Werbebüro zur Anwerbung vorbereitet und dann der Dienststelle des MID in Berlin-Zehlendorf/West Bogotastraße 19 übergeben, wo sie zur Spionage gegen die Nationale Volksarmee, Wirtschaft und Verkehrswesen der DDR angeworben wurden.

Die Schlepper suchten Personen zur Anwerbung besonders in Spielhöhlen und anderen zweifelhaften Vergnügungsstätten. So suchte sich der Werber Voigt, Oskar⁶⁴ seine Opfer in den Spielkasinos »Bei Paule« und »Berliner Kindl«, letzteres in der Grüntaler Straße 6. Unter Vortäuschung der Beschaffung von Arbeitsplätzen in Westberlin bzw. des Verdienens von Westgeld durch kleinere Besorgungen gelang es ihm, über 40 Jugendliche dem amerikanischen Geheimdienst zur Anwerbung zuzuführen.

Der Werber [Name 17, Vorname], wohnhaft in Berlin-Wilmersdorf, [Straße, Nr.], hat besonders in dem Spielcasino »Bei Paule« 15 Personen – vorwiegend Jugendliche – angeworben. Bei diesen Werbungen für den amerikanischen Geheimdienst wurde auch nicht davor zurückgeschreckt, minderjährige Jugendliche anzuwerben, z. B. den 17-jährigen [Vorname Name 18], wohnhaft in Berlin-Pankow.

Der 16-jährige [Name 19, Vorname] wohnhaft in Frankfurt/O., [Straße, Nr.], wurde vom MID – Dienststelle Würzburg – angeworben, als er Verwandte in Westdeutschland besuchte. Er hat unter dem Decknamen »Basdörfer« (Militärspionage betrieben und die gesammelten Informationen in Westberlin seinen Auftraggebern übergeben.

Auch von den in Westberlin tätigen Dienststellen des englischen Geheimdienstes SIS (Secret Intelligence Service) in Berlin-Neuwestend, Sperrgebiet Olympia-Station und BIS (12. Berliner Intelligence Staff) im Yorkshire-Haus im Olympia-Station werden skrupellose Anwerbungen von Jugendlichen durchgeführt. So wurde der 15-jährige [Vorname Name 20] wohnhaft in Frankfurt/O., [Straße, Nr.] im Februar 1957 durch den hauptamtlichen Mitarbeiter des englischen Geheimdienstes [Name 21] in Westberlin zur Militärspionage angeworben. Er erhielt u. a. folgende Aufträge:

- über die Lage und Bewachung sowjetischer Kasernen in Frankfurt/O. zu informieren.
- Waffengattungen der in diesen Kasernen stationierten Einheiten der Sowjetarmee festzustellen.
- Spionagenachrichten über die Lage der Übungs- und Schießplätze und des darauf ablaufenden Dienstbetriebes sammeln.
- Weitere Personen – besonders Jugendliche – zur Anwerbung zuzuführen.

[Name 22] hat auch noch einen Jugendlichen dem englischen Geheimdienst zur Anwerbung zugeführt und für seine Spionagetätigkeit Bilder sowjetischer Panzer, Geschütze und Kraftfahrzeug als Anschauungs- und Vergleichsmaterial in einer Streichholzschachtel mit doppeltem Boden erhalten.

Der 17-jährige Lagerarbeiter der Schuhfabrik Hugo Hänsel in Berlin C 2, [Name 23, Vorname], wurde am 7.5.1958 während seines Aufenthaltes in Westberlin von einem Mitarbeiter des Geheimdienstes angesprochen und zur Spionagetätigkeit angeworben. Er erhielt den Auftrag nach Werneuchen zu fahren und dort Erkundungen über militärische Objekte einzuziehen, die er dann in Westberlin wieder übergeben sollte.

3. Werbung von Besuchern Westberlins

Aus den angeführten Beispielen ist bereits ersichtlich, dass die imperialistischen Geheimdienste bei der Suche und Anwerbung von Personen für ihre Spionagetätigkeit skrupellos vorgehen und keine Möglichkeit ungenutzt lassen, um neue Verbindungen zu schaffen. Das bezieht sich insbesondere auf Anwerbungen von Bürgern der DDR und des demokratischen Sektors von Berlin, die unter verschiedenen Beweggründen Westberlin aufsuchen.

Um unter den verschiedenartigen Vorwänden und Gelegenheiten an die Personen heranzutreten, ihre Möglichkeiten zur Durchführung von Spionagetätigkeit bzw. Zuführung von Agenten zu prüfen und sie dann anzuwerben, haben die Geheimdienste speziell für diese Personenkreise ein umfangreiches System der Kontrolle geschaffen. So wurden ständig alle größeren Veranstaltungen in Westberlin, zu denen Besucher aus der DDR und aus dem demokratischen Sektor von Berlin zu erwarten sind, von Werbern beschickt, die Kinos, Gast- und Vergnügungsstätten unter Kontrolle gehalten und selbst bei Einkäufen Versuche zur Anwerbung unternommen. Unter anderem wurden bei Einkäufen in Westberlin Klug, Alwin,⁶⁵ wohnhaft Berlin N 113, [Straße, Nr.], durch den Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes [Name 24] und der in Woltersdorf, [Straße, Nr.], wohnhafte [Vorname Name 25] durch Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes zur Spionagetätigkeit angeworben.

Allein im September 1957 wurden bei dem Besuch des Westberliner Kinos »City«, Friedrich-/Ecke Kochstraße die nachfolgenden, vom MfS inhaftierten Personen angesprochen und dem Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes [Name 26] zur Anwerbung als Spion zugeführt:

- Gutzmerow, Günther,⁶⁶ wohnhaft Berlin N 4, [Straße, Nr.]
- [Name 27, Vorname], wohnhaft Berlin N 58, [Straße, Nr.]
- [Name 28, Vorname], wohnhaft Berlin-Niederschönhausen, [Straße, Nr.]

4. Werbung von »Grenzgängern«

Ein wesentliches Reservoir sämtlicher Geheimdienste und Agentenzentralen zur Anwerbung von Spionen und Agenten bilden die sogenannten Grenzgänger, d. h. Personen aus dem demokratischen Sektor von Berlin und aus der DDR, die in Westberlin arbeiten. So wurde [Name 29, Vorname], wohnhaft in Berlin-Baumschulenweg, [Straße, Nr.], tätig gewesen bei der Fa. Drucker, Kunststoffverwertung in Berlin-Charlottenburg, Dernburgstraße 55, durch den Betriebsinhaber dem Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes [Name 30] zur Anwerbung zugeführt. [Name 26] erhielt u. a. den Auftrag, vom Geheimdienst benannte Personen unter verschiedenen Vorwänden in der DDR aufzusuchen und sie zur Republikflucht bzw. zu Besuchen in Westberlin zu veranlassen, wo sie dann angeworben werden sollten, was auch in einigen Fällen gelang. Unter anderem erhielt [Name 29] den Auftrag nach Dresden zu fahren, um Prof. Dr. Müller,⁶⁷ Leiter der Silikonchemie Radebeul,⁶⁸ nach Westberlin zu locken und dort dem amerikanischen Geheimdienst zur Anwerbung zuzuführen. Zur Tarnung der wirklichen Absichten sollte Prof. Dr. Müller mitgeteilt werden, dass der ihm bekannte Chemiker Dr. [Name 31] aus Westdeutschland in die DDR umsiedeln will und er, Müller, ihm bei der Beschaffung einer Arbeitsstelle in der DDR behilflich sein und zu diesem Zweck wegen einer Rücksprache nach Westberlin kommen soll. Nachdem dieses Vorhaben scheiterte, wurde Prof. Dr. Müller anlässlich der Herbstmesse und der Tagung von Vertretern der Kunststoffbranche in Stuttgart erneut angesprochen und zum Verlassen der DDR aufgefordert.

Der bei der Weingroßhandlung Hut & Sohn in Berlin-Tiergarten, Potsdamer Straße 5 als Kellerarbeiter tätige [Name 32, Vorname], wohnhaft in Berlin O 112, [Straße, Nr.], wurde 1955 von dem Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes [Name 33, Vorname], wohnhaft Berlin-Schöneberg, [Straße, Nr.], zur Militärsplionage angeworben.

Die auf dem Westberliner Postscheckamt beschäftigte und in Berlin-Pankow, [Straße, Nr.] wohnhafte [Name 34, Vorname] wurde im Juni 1957 von dem Mitarbeiter des Geheimdienstes [Name 35] angeworben und zu Kurierfahrten in die DDR geschickt. Dabei wurde sie vom MFS festgenommen.

Ähnliche Beispiele der Ausnutzung von »Grenzgängern« für die Spionagetätigkeit der imperialistischen Geheimdienste könnten noch angeführt werden.

5. Werbung von Teilnehmern der DDR an internationalen wissenschaftlichen Tagungen

Von den Geheimdiensten werden selbst wissenschaftliche Tagungen internationalen Charakters für Versuche ausgenutzt, Bürger der DDR als Spione anzuwerben. Das trifft besonders für den amerikanischen Geheimdienst zu.

Der Studiendirektor der Arbeit-und-Bauern-Fakultät an der Hochschule für Architektur in Weimar, Taubert, Erich⁶⁹ nahm im April 1957 als einer der offiziellen Delegierten der DDR an der 6. Generalversammlung und Studententagung des FICE (Internationaler Bund von Erziehern für Erziehungsgemeinschaften) in Brighton/England teil.⁷⁰ Die FICE ist eine Konsultativ-Organisation der UNESCO. Als während dieser Tagung die DDR-Delegation in England Schülerheime und Internate besichtigte, wurde Taubert von einem Amerikaner [Name 36] angesprochen, der ihm Dolmetschertätigkeit anbot, sich über die Verhältnisse in der DDR erkundigte und um Unterstützung bei einer Einreise in die DDR bat. Im August 1957 erhielt Taubert eine Einladung von [Name 36] nach Westberlin. Im Hotel »Windsor« in Berlin-Charlottenburg, Knesebeckstraße 8-9 wurde Taubert nicht von [Name 36] empfangen, sondern von zwei Personen, die sich als Mitarbeiter der amerikanischen Abwehr vorstellten und ihm im Verlaufe eines längeren Gespräches als Spion anzuwerben versuchten. Da Taubert entschieden ablehnte, drohten sie mit Verhaftung durch die Westberliner Polizei und sprachen die Drohung aus, dass es für die Gesundheit seiner Familie sehr schlecht sei, wenn er sich ihrem Willen nicht fügen würde und ihm außerdem sämtliche Möglichkeiten zu Reisen in das kapitalistische Ausland gesperrt würden. Trotz Ablehnung übergaben sie ihm die Telefonnummer einer Dienststelle des amerikanischen Geheimdienstes in Westberlin und erläuterten ihm Verhaltensmaßregeln [sic!] für eine Zusammenarbeit. Taubert kam dem Ansinnen des amerikanischen Geheimdienstes nicht nach, sondern meldete diesen Vorfall den zuständigen Organen der DDR. Am 3. Juni 1958 erhielt er nun eine erneute Aufforderung nach Westberlin zu kommen und am 14.6.1958 im Hotel »Windsor« zu einem Treffen zu erscheinen, andernfalls die Androhungen von August 1957 wahrgemacht würden.

6. Behinderung des innerdeutschen Reiseverkehrs und dessen Ausnutzung zur Anwerbung

Neben diesen Beispielen, die aufzeigen, in welchem Umfang Bürger der DDR in Westdeutschland und Westberlin dem Treiben der Geheimdienste ausgesetzt sind, beweist zahlreiches Tatsachenmaterial, dass auch der innerdeutsche Reiseverkehr durch diese Zentralen behindert und dazu ausgenutzt wird, Besucher aus der DDR in Westdeutschland zur Spionagetätigkeit anzuwerben. Diese jede gesamtdeutsche Verständigung störende Tätigkeit wird in der Hauptsache von dem sogenannten »Bundesamt für Verfassungsschutz« (BAVS) durchgeführt, das dazu auch solche Organe wie den Zolldienst, den Bundesgrenzschutz (BGS) und selbst kommunale Verwaltungen heranzieht.

Zu diesem Zweck fand Anfang des Jahres 1957 innerhalb des »BAVS« eine Reorganisation statt, in deren Ergebnis die unter Leitung des Regierungsdirektors Dr. Nollau⁷¹ stehende Abteilung III, »Linksradikalismus«, personell verstärkt wurde. Dieser Abteilung obliegt die Aufgabe, jede gesamtdeutsche Verständigung, und selbst den Handel zwischen beiden deutschen Staaten, in Deutschland zu stören, was durch den Vizepräsidenten des Bundeskriminalamtes, Dr. Müllenmeister,⁷² im Prozess gegen den ehemaligen Leiter des Amtes, John,⁷³ bestätigt wurde.⁷⁴

Parallel mit der Verstärkung des »BAVS« wurden vor allem auch die Kontrollorgane des BGS und des Zolldienstes personell erweitert und zahlreiche Maßnahmen eingeleitet, die den innerdeutschen Reiseverkehr in erheblichem Umfang behindern. Diese Maßnahmen richten sich nicht nur gegen die persönliche Freiheit der Bürger DDR, sondern sind auch darauf gerichtet, Bürger der DDR zur Spionagetätigkeit auszunutzen und anzuwerben. Das »BAVS« hat zu diesem Zweck den Passkontrolldienst und den Zolldienst systematisch mit seinen Agenten durchsetzt, sich entlang der Grenze zur DDR zahlreiche Stützpunkte aufgebaut, die sich u. a. auch in den Objekten des Zolldienstes befinden und außerdem zahlreiche Maßnahmen zu einer schärferen Kontrolle der einreisenden Bürger der DDR ergriffen. So werden bereits in den Interzonenzügen aus der DDR geflüchtete Personen eingesetzt, die beauftragt sind, interessante Personen aus der DDR zum Zwecke der Anwerbung bzw. Festnahme festzustellen.

Die Meldeämter in Westdeutschland wurden vom »BAVS« angewiesen: »Ausweise, die bei den Behörden der Bundesrepublik verbleiben, müssen so aufbewahrt und behandelt werden, dass sie innerhalb ihrer Gültigkeit für spätere Reisen in die SBZ (gemeint ist die DDR) verwendet werden können, ohne dass den sowjetzonalen Behörden die vorübergehende Abgabe an westdeutsche Behörden erkennbar wird.«

Das »BAVS« unterhält an der Grenze und im gesamten Bundesgebiet außerdem zahlenmäßig starke Beobachtungsgruppen, die alle sich in Westdeutschland befindlichen Bürger der DDR beobachten, ohne dass irgendwelche rechtlichen Beweise oder Beschuldigungen gegen sie vorliegen.

In welchem Umfang die Kontrollen gegen ausreisende Bürger der DDR verschärft wurden, ist aus der Tatsache ersichtlich, dass auf Weisung des »BAVS«, ohne Rücksicht auf die Personen und ohne dass dafür Verdachtsgründe vorliegen, Kontrollen der persönlichen Gegenstände und der Kleidung durchgeführt werden. Außerdem werden Bürger der DDR ohne Beweise festgenommen und nach dem Zweck der Reise, sowie auf ihre mitgeführten finanziellen Mittel und auf ihre beabsichtigten Besuche vernommen. Besucher, die durch diese unverhoffte Behandlung schockiert sind und dem »BAVS« dadurch als »verdächtig« erscheinen, werden daraufhin ausführlicher vernommen, wobei die genauen Personalien festgestellt sowie Fingerabdrücke und Fotografien dieser Bürger der DDR angefertigt werden. In einigen Fällen musste auch eine Erklärung unterschrieben werden, nicht mehr in die Bundesrepublik einzureisen. Außerdem sind Beispiele bekannt, wo im Verlaufe dieser Vernehmungen versucht wurde, Bürger der DDR zur Spionagetätigkeit anzuwerben.

Dass für diese Zwecke auch kommunale Verwaltungen eingespannt werden, geht aus einer Anweisung des »BAVS« hervor, wonach Landratsämter, Bürgermeister der Stadtkreise und Kreisstädte jeden Versuch der Verbindungsaufnahme durch Bürger der DDR sofort zu melden, diese Besuche zu kontrollieren und außerdem den Zweck der Reise festzustellen haben, und ob diese Besuche über private Beziehungen hinausgehen.

Neben den westdeutschen Geheimdiensten wird der innerdeutsche Reiseverkehr auch durch ausländische Geheimdienste behindert und zur Werbung von Spionen und Agenten ausgenutzt. Die Zentrale des MID in Würzburg, Eisenmannstraße 4, die ein Teil der 66. CIC-Gruppe ist und in spionagetechnischer Hinsicht dem 522. MID-Bataillon untersteht, verschaffte sich zu diesem Zweck durch Postkontrolle einen Überblick darüber, bei welchen westdeutschen Familien Personen aus der DDR zu Besuch weilen oder erwartet werden. Getarnt als Mitarbeiter des Amtes für Meinungsforschung und mit den entsprechenden gefälschten Ausweisen versehen wurden diese Familien aufgesucht, die Einstellung der Besucher aus der DDR und deren Möglichkeiten zur Spionage erforscht und versucht, diese Personen anzuwerben bzw. durch diese Personen Bürger der DDR Bürger für diese Zwecke zugeführt zu bekommen. Die Ergebnisse dieser »Aussprachen« wurden durch die Mitarbeiter der MID-Zentrale in Berichten niedergelegt. Wie aus diesen Berichten ersichtlich ist, kam es nicht selten vor, dass die Mitarbeiter des MID bereits eher bei den westdeutschen Familien anwesend waren als die Besucher aus der DDR. Dazu folgende Auszüge aus Berichten von Mitarbeitern des MID:

Im Bericht der Mitarbeiter [Name 37] und [Name 38] über »Besuche zwecks Neuwerbung am 12.10.1955 in Fürth« wurde geschrieben: »Betr.: Adresse [Vorname Name 39], Dolgesheim, [Straße, Nr.], wo sich eine [Vorname] aus Ohrdruf aufhält. Der Ort Dolgesheim befindet sich nicht im Postdirektionsbezirk Nürnberg, sondern nach Erkundigung bei der Bundespost in Fürth konnte festgestellt werden, dass sich der Ort Dolgesheim im Postdirektionsbezirk Koblenz befindet. Die Durchführung der Neuwerbung konnte unter diesen Umständen nicht erfolgen.«

Im Bericht der gleichen Mitarbeiter des MID »zwecks Neuwerbung am 13.10.1955 in Offenbach und Wiesbaden« steht unter Betreff: »[Vorname Name 40], Wiesbaden, [Straße, Nr.] (Besuch aus Weimar) Ergebnis: Als wir in der Dunkelheit nach dem Namensschild [Name 40] an der Haustür suchten, erschienen ein Herr und zwei Damen und fragten uns, zu wem wir im Hause wollten. Als wir den Namen [Name 40] nannten, erklärte der Herr sofort: ›Das bin ich selbst.‹ Auf eine weitere Frage, ob er denn nicht Besuch aus der Ostzone habe, war seine prompte Antwort: ›Hier ist er. Den haben wir eben von der Bahn abgeholt.‹ Frau [Name 41] aus Weimar, etwa 46 Jahre alt, war hierauf sehr erstaunt, dass wir von ihrer Ankunft wussten und noch schneller vor dem Haus waren, als sie selbst. Wir gaben sofort zur Antwort, dass wir vom Amt zur Erforschung der öffentlichen Meinung kommen und von ihrer Ankunft Kenntnis erhalten haben. Ihre anfängliche Zurückhaltung wurde jedoch durch Herrn [Name 40] mit seiner offenen Art genommen. Wir haben jedoch vorgeschlagen, eine Aussprache auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, da sie erst angekommen sei und sich selbst mit ihren Angehörigen oder Verwandten noch nicht unterhalten habe.«

Im gleichen Bericht heißt es unter 6.) Betreff: Dritten Besuch der [Name 42, Vorname] in Wiesbaden, [Straße, Nr.]: »[Vorname] war beim dritten Besuch am 13.10. überaus freundlich und zutraulich und bestieg auch unseren Wagen. In einem abseits gelegenen Lokal hatten wir Gelegenheit, eingehend mit ihr über alle Werbungsmöglichkeiten zu sprechen. Er selbst nannte die wichtigen Objekte des Düsenjägerflugplatzes und sieht mehrere Möglichkeiten der Werbung, insbesondere einen Zugführer, der mit ihm sehr gut bekannt ist und dessen Einstellung er genauestens kennt. Schriftlich möchte er jedoch von hier aus die Werbungsmöglichkeiten nicht vornehmen. Diese könnten jederzeit durch seine Frau erfolgen. Da er mehrere Werbungsmöglichkeiten in Köthen und Umgebung in Aussicht stellte, wurde ihm folgender Vorschlag unterbreitet. Er selbst soll [Name 43]⁷⁵ seine Frau in Berlin am 5.11.1955, um 18.00 Uhr im Café ›Schwarzwald‹ in Berlin-Schöneberg vorstellen. Zu diesem Zweck müsste er am 5.11.1955 um 13.45 Uhr in Wiesbaden abgeholt werden, um 15.45 den gemeinsamen Flug anzutreten. Er war mit diesem Vorschlag voll einverstanden, zumal er auch mit seiner Frau noch persönliche Dinge zu besprechen hat. Seine Frau wird er selbst verständigen.«⁷⁶

In einem weiteren Bericht schrieb [Name 43]: »Am Sonnabend, den 7.4.1956, wurde der Besuch bei [Name 44] in Würzburg, [Straße, Nr.], aufgesucht. Es waren anwesend: Herr [Vorname Name 45], geb. 1903, wohnhaft in Naumburg, [Straße, Nr.]. Herr [Name 45] hat dort ein Seifen- und Parfümeriegeschäft. Er war sehr zugänglich und erklärte gleich, dass er zuverlässig sei, gehe schon allein daraus hervor, dass er hier bei seinem Verwandten, der General a. D. ist, zu Besuch sei. Er selbst denkt, dass er nicht genügend Einblick in russische Einheiten hat und erwähnte seinen Kollegen, der am Markt eine Drogerie hat, bei dem sehr viele Russen einkaufen und der auch selbst gut russisch spricht. Er ist jederzeit bereit, selbst über alles in Naumburg Auskunft zu erteilen ... Selbst muss er auch öfters nach Berlin zu seiner Innung ... Über Einzelheiten zur Werbung durch ihn, die er zusagte, soll morgen mit ihm in einer Dienststelle Näheres besprochen werden ... Er erwartet am 10.4.1956 einen Anruf von [Name 43] unter der Telefon-Nr. [Nr.] (bei [Name 44]), wo nach einem Treffen mit ihm Näheres besprochen werden kann ...«

Von den in den Berichten der MID-Dienststelle Würzburg angeführten Personen, an die anlässlich ihrer Reisen nach Westdeutschland mit solchen »Aussprachen« herantreten wurde, sind eine Reihe zur Spionagetätigkeit angeworben und vom MfS festgenommen worden.

III. Charakter und Ziele der Agentenorganisationen – Mittel und Methoden ihrer feindlichen Tätigkeit gegen die DDR

Außer den bereits angeführten, in Westberlin bestehenden Dienststellen der imperialistischen Geheimdienste gibt es noch eine Reihe weiterer Agentenzentralen und Organisationen, die im Zuge der »vorgeschobenen Brückenkopfpolitik« zum Teil im Auftrage der amerikanischen Regierung geschaffen und von ausländischen, vor allem amerikanischen Dienststellen, finanziert und angeleitet werden. Neben umfangreicher Spionage betrieben diese Agentenorganisationen eine starke Untergrundtätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik. Dabei benutzen sie die besondere Lage Westberlins, um mit Spionage, Terror und Zersetzungstätigkeit das wirtschaftliche, kulturelle und politische Leben in der DDR zu stören und Unruhe unter der Bevölkerung zu erzeugen. Mit verbrecherischen Mitteln und Methoden versuchen diese Zentralen, Bürger aus der DDR zu ihren Verbrechen zu missbrauchen und zu staatsfeindlichen Handlungen gegen die DDR anzustiften. Unter Tarnbezeichnungen verbergen diese Agenten- und Spionagezentralen ihr wahres Gesicht und geben somit ihrem terroristischen Charakter einen humanitären Anstrich.

1. Die sogenannte »KgU«

Eine von der Vielzahl der Spionage- und Untergrundorganisationen in Westberlin ist die sogenannte »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit«. Diese Zentrale hat ihren Sitz in Berlin-Nikolassee, Ernst-Ring-Straße 2–4, und eine Nebenstelle im Notaufnahmelager Berlin-Marienfelde. Sie ist eine Agentenorganisation, die unmittelbar vom amerikanischen Geheimdienst finanziert und angeleitet wird und gleichzeitig von ihm Spionage-Aufträge erhält. Der gemeingefährliche Charakter dieser Agentenzentrale kommt vor allem in den ihren Agenten erteilten Aufträgen zum Ausdruck, die sich in ihrer Zielsetzung gegen das Leben und Eigentum der Bürger der DDR richten.

Der von den Sicherheitsorganen der DDR festgenommene Agent *Benkowitz*, Gerhard⁷⁷ erhielt von dem hauptamtlichen Mitarbeiter der KgU, *Bährmann* – alias *Wolf*, – alias *Langer*⁷⁸ den Auftrag, wichtige Verkehrsknotenpunkte und Industrieanlagen zu sprengen. Zum Beispiel das Eisenbahnviadukt in Weimar, die sogenannte Sechsbogenbrücke sowie drei weitere Eisenbahn- und eine Straßenbrücke in Weimar. Die Sechsbogenbrücke sollte zum Einsturz gebracht werden, wenn sich ein Zug auf ihr befindet. Des Weiteren erhielt *Benkowitz* den Auftrag, einen Hochspannungsmast der Starkstromleitung zwischen Weimar und Erfurt zu sprengen und gemeinsam mit dem Agenten *Kogel*⁷⁹ das Elektrizitätswerk Weimar durch Anzünden der Kohlevorräte mittels Brandsatz zu zerstören. Im Auftrage der KgU führte *Benkowitz* auch Spionage durch. So erkundete er Details der ihm zur Zerstörung angewiesenen Objekte und beteiligte sich an der Vorbereitung der von der KgU beabsichtigten Sprengung der Saale-Talsperre, indem er technische Einzelheiten ausspionierte und auftragsgemäß Fotos von der Talsperre anfertigte.

Einen ähnlichen Auftrag erhielt auch der Agent *Schuster*.⁸⁰ *Schuster* wurde von dem KgU-Mitarbeiter *Wagner* – alias *Lange*⁸¹ beauftragt, die Eisenbahnstrecke Münchenbernsdorf – Gera durch Sprengung einer über die Bahnstrecke führenden Brücke außer Betrieb zu setzen und die vor dem dortigen Benzinauslieferungslager befindlichen Weichen zu zerstören. Weiter wurde er von dem KgU-Mitarbeiter angewiesen, einem Funktionär einer demokratischen Partei wegen seiner Aktivität aufzulauern und [ihn] zu ermorden.

Von einem anderen KgU-Agenten wurden vier Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren beauftragt, eine große Scheune des VEG Lanke [Bezirk] Potsdam⁸² niederzubrennen, wofür ihnen 2 000 DM versprochen wurden.

Der Agent [Name 46, Vorname] aus Wehnsdorf, [Bezirk] Cottbus, bezog regelmäßig in großem Umfang Hetzschriften der KgU und wurde von dieser Agentenzentrale zu Terrorhandlungen angestiftet. Da ihm die Bildung einer staatsfeindlichen Gruppe nicht gelang, führte er selbst verbrecherische Handlungen gegen die DDR durch. Von der KgU angestiftet, vernichtete er am 26.5.1957 das Sägewerk Petschick⁸³ und zündete am 14.8.1957 die Scheune eines Mittelbauern an.

Die [Name 47, Vorname] kam anlässlich eines Besuches bei ihrem Onkel [Name 48, Vorname] in Berlin-Schlachtensee mit dem Mitarbeiter der KgU *Bruhn* – alias *Schulz*⁸⁴ zusammen. *Bruhn* erklärte, dass er an Informationen aus Mecklenburg interessiert sei und forderte sie auf, in der Folgezeit wieder nach Westberlin zu kommen. Bei der nächsten Zusammenkunft wurde die Jugendliche, die zu diesem Zeitpunkt erst 17 Jahre alt war, unter dem Decknamen »*Sänger*« zur Lieferung wirtschaftlicher und politischer Spionageangaben verpflichtet.

Durch einen 1957 republikflüchtig gewordenen Verwandten wurde der [Name 49, Vorname] aus Stralsund, [Straße, Nr.], brieflich zu einem Besuch nach Westberlin eingeladen. Bei diesem Besuch seines Verwandten in Westberlin wurde [Name 48] sofort mit dem Mitarbeiter der KgU *Gulich* – alias *Kunze*,⁸⁵ zusammengebracht und von diesem unter dem Decknamen »*Eberlein*« zur Mitarbeit in einer »Widerstandsgruppe« verpflichtet. [Name 49] erhielt Aufträge zur Spionage und zum Einschleusen von Hetzmaterial in die DDR. Er wurde ferner beauftragt, seinen Bruder (Oberleutnant und Stabschef eines Bataillons der NVA) zur Spionagetätigkeit für die Agentenzentrale KgU anzuwerben. Zur Erfüllung dieses Auftrages wurden ihm von der KgU 1 600 DM übergeben.

Der im November 1957 von den Sicherheitsorganen der DDR festgenommene Agent *Wieckert*, Paul⁸⁶ aus Mahlow, [Kreis] Zossen, unterhielt seit 1955 Verbindung zur sogenannten »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« und schleuste bis zu seiner Festnahme ca. 450 Briefe mit Hetzschriften ein, die an verschiedene Bürger der DDR gerichtet waren. Diese Bürger sollten für die KgU gewonnen werden und sich gegen die Verhältnisse in der DDR auflehnen.

2. Die sogenannte »UfJ«

Eine andere, ebenfalls vom amerikanischen Geheimdienst finanzierte und angeleitete Agentenzentrale ist der sogenannte »Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen«. Die Zentrale des »UfJ« befindet sich in Berlin-Zehlendorf/West, Limastraße 29, und eine »Beratungsstelle« im Notaufanglager Berlin-Marienfelde.

Auch der UfJ will seinen wahren Charakter verschleiern, indem er den Anschein einer Rechtsberatungsstelle zu erwecken sucht. Unter diesem Deckmantel versucht der UfJ, unter den Besuchern aus der DDR geeignete Personen als Agenten anzuwerben oder von diesen Informationen über die DDR zu verlangen. Die Schädlichkeit dieser Zentrale findet auch ihren Ausdruck in der Täuschung der Bürger, die in der Erwartung einer »kostenlosen Beratung« zur Spionage missbraucht werden.

Der festgenommene [Name 50, Vorname] aus Lankwitz/Berlin nahm Verbindung zum UfJ auf, um sich Auskunft zu holen, wo er in Westberlin bestimmte Medikamente erhalten könne. [Name 50] sagte aus, dass er die verlangte Medizin nicht bekommen habe, sondern von einer Zusammenkunft auf die andere vertröstet wurde. Bei diesen Zusammenkünften wurden umfangreiche Spionageinformationen über die Arbeitsstelle des [Name 50] (VEB Lokomotiv- und Elektrowerk Hennigsdorf)⁸⁷ gefordert.

Der [Name 51, Vorname] aus Hennigsdorf, [Bezirk] Potsdam, sprach in der Zentrale des UfJ vor, um sich in einer privaten Angelegenheit Rat zu holen. Er wurde aber nur vertröstet und mit dem UfJ-Hauptagenten »*Albricht*«⁸⁸ zusammengebracht. Durch diesen wurde er zur Spionagetätigkeit verpflichtet, erhielt Decknamen und Deckadresse und musste eine entsprechende Erklärung unterschreiben. In der Folgezeit lieferte er umfangreiche Spionageinformationen über das Stahl- und Walzwerk »Wilhelm Florin«, wo er als Gießerei-Ingenieur arbeitete.⁸⁹

Ein anderer Agent des UfJ, [Name 52, Vorname], aus Welzow, wurde ebenfalls in der Zentrale des UfJ Limastraße angeworben, als er sich eine Auskunft holen wollte. Er wurde mit dem Hauptagenten »*Dr. Berger*«⁹⁰ bekannt gemacht und von diesem unter dem Decknamen »*Max Engelmann*« zur Militärspionage angeworben. Des Weiteren führte [Name 52] der Spionageorganisation UfJ einen weiteren Bürger der DDR zu Anwerbung zu.

Der am 9.1.1958 von den Sicherheitsorganen der DDR festgenommene *Ritschel*, Herbert⁹¹ aus Wickerstedt, [Kreis] Apolda, lieferte gleichfalls umfangreiches Spionagematerial an den UfJ. Bei dem am 13.10.1957 stattgefundenen Geldumtausch in der DDR meldete *Ritschel* 2 000 DM zum späteren Umtausch an. Von Seiten des UfJ wurden ihm daraufhin 1 100 DM übermittelt, die er am 28.10.1957 in neue Banknoten umtauschte.

Seit Januar 1958 hat der UfJ eine sogenannte »Berufsberatung für Jugendliche« eingerichtet. Bei dieser »Beratung« sollen die Jugendlichen beeinflusst werden, sich solchen Berufsgruppen zuzuwenden, an denen bereits ein Überfluss an Arbeitskräften in der DDR besteht. Dadurch soll der Engpass in wichtigen Berufsgruppen verstärkt werden. Andererseits sollen die Jugendlichen veranlasst werden, die DDR zu verlassen.

3. Die sogenannte »VOS«

Mit Spionage und Zersetzungstätigkeit befasst sich auch die Agentenorganisation »VOS« (Vereinigung der Opfer des Stalinismus). Diese Organisation hat ihren Sitz in Berlin-Charlottenburg, Lebensstraße 1. Die Tätigkeit dieser Organisation richtet sich hauptsächlich auf die Unterwühlung der DDR. Die Mitglieder dieser Zentrale sind Personen, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Agententätigkeit, Wirtschaftsverbrechen und anderer Delikte in der DDR inhaftiert waren.

Alle Besucher aus der DDR, besonders Angehörige von Häftlingen, werden intensiv über politische, wirtschaftliche und militärische Dinge befragt. Dabei ist diese Agentenzentrale bestrebt, unter den Besuchern neue Agenten anzuwerben. Neben der Spionage werden von der VOS im demokratischen Sektor von Berlin Hetzschriften verteilt. Der festgenommene VOS-Agent [Name 53, Vorname], bestätigte, dass von der VOS auch größere Mengen Hetzschriften durch die Post in die DDR eingeschleust werden.

4. Die sogenannten Ostbüros der Parteien und ihre Nebenorganisationen

Außer den bereits genannten gibt es in Westberlin noch zahlreiche andere Agentenzentralen, die sich als »Ostbüro« politischer Parteien und Organisationen der Bundesrepublik bezeichnen. Diese haben jedoch mit dem eigentlichen Charakter und den Zielen politischer Parteien und Organisationen schlechthin nichts gemein. Die »Ostbüros«, insbesondere die »Ostbüros der SPD«, CDU – und FDP unterscheiden sich in ihrer Tätigkeit durch nichts von den vorgenannten verbrecherischen Zentralen. Obwohl vorgetäuscht werden soll, dass diese »Ostbüros« der Wiedervereinigung Deutschlands und der Pflege von Kontakten zwischen Ost- und Westdeutschland dienen, werden auch hier Agenten geworben und Wühlarbeit gegen die Deutsche Demokratische Republik organisiert.

»Ostbüro der SPD«⁹²

Die Zentrale des SPD-Ostbüros befindet sich in Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170–174, in Westberlin hat das Ostbüro der SPD seinen Sitz in Berlin-Dahlem, Spechtstraße 17.

Die Gefährlichkeit der Tätigkeit des Ostbüros der SPD wird dadurch erhöht, dass es in der Öffentlichkeit – dem Namen nach – als Vertreter einer Arbeiterpartei angesehen wird und diesen Anschein auch zu wahren versucht. In Wirklichkeit verbirgt sich jedoch dahinter eine der verbrecherischsten Agentenzentralen, die mit der Tätigkeit der Partei und der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder nichts gemein hat. Das beweisen anschaulich nachfolgende Beispiele:

Dem Inhaftierten *Saudhof*⁹³ aus Caputh, [Bezirk] Potsdam, wurde von der Funktionärin des SPD-Landesvorstandes, *Ella Kay*,⁹⁴ in der Zietenstraße in Westberlin sein Ersuchen auf die Mitgliedschaft in der Westberliner SPD abgelehnt. Auf Vorschlag befreundeter SPD-Mitglieder wendete er sich deshalb an das Ostbüro der SPD, wo er jedoch unter dem Decknamen »Zacharias« als »V-Mann« angeworben wurde. Im Auftrage des Ostbüros der SPD lieferte er Berichte über die Landwirtschaftsschule in Caputh und Charakteristiken über Bürger der DDR, sowie über die VEB »Karl-Marx-Werke« Babelsberg,⁹⁵ und Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf u. a. m. Dafür wurde dem S. laufend versprochen, dass ihm das Ostbüro der SPD zur Mitgliedschaft verhelfen wollte.

1954 wurden die Geschwister [Vorname 1] und [Vorname 2 Name 54] aus Bötzwow, [Bezirk] Potsdam, [Straße], von ihrem Cousin *Heinz Putzrath*⁹⁶ aus Bad Godesberg, [Straße, Nr.], brieflich zu einer Zusammenkunft nach Westberlin eingeladen. Putzrath, der Referent und Dolmetscher bei dem Vorsitzenden der SPD, *Erich Ollenhauer*⁹⁷ ist, warb bei dieser Zusammenkunft seine Cousinen an und übergab sie dem Hauptagenten des Ostbüros der SPD, *Maerker* alias *Baumann*.⁹⁸ Die Geschwister [Name 54] erhielten die Decknamen »Kiebitz« und »Bachstelze« und arbeiteten bis zu ihrer Verhaftung mit den

- [Name 55] alias »Kramer«,
- *Eckmann* alias »Berg«⁹⁹,
- *Zachmann* alias »Müller¹⁰⁰« und
- *Weber* alias »Wandel«¹⁰¹

zusammen.

Die Geschwister [Name 54] waren in der Abteilung Materialplanung des VEB Stahl- und Walzwerkes Hennigsdorf tätig und überbrachten ihren Auftraggebern u. a. Originale, Kopien, Abschriften und Berichte über sämtliche ihnen zugängliche Unterlagen des Betriebes sowie genaue Anschriften und Charakteristiken von leitenden Angestellten.

Als besonders gefährlicher und skrupelloser Agent des Ostbüros der SPD wurde Ende 1957 der 27-jährige [Name 53, Vorname] festgenommen. [Name 53] stand als »Flüchtling« aus der DDR bereits 1949/50 mit dem Ostbüro der SPD in Verbindung und betrieb Hetze gegen die DDR. Nach einer Strafverbüßung verließ er abermals die DDR und lieferte in der Folgezeit an insgesamt 14 Agenten- und Spionageorganisationen Informationen, die er bei ca. 500 Vernehmungen von Flüchtlingen als »VOS-Mitglied« im Landes-Gastlager Lübeck-Blankensee sammelte.¹⁰² Im Dezember 1956 kehrte er aufgrund seiner »guten Arbeit« im Auftrage des Ostbüros der SPD in die DDR zurück und fand Arbeit als Ladeschaffner auf dem Güterbahnhof Altendorf. Seine dienstfreie Zeit benutzte er dazu, um sich in der Uniform der Deutschen Reichsbahn auf den Bahnhöfen aufzuhalten und Informationen zu sammeln. Er führte umfangreiche Tagebücher, die von Kurieren des Ostbüros der SPD abgeholt wurden und sammelte Informationen über die Nationale Volksarmee, die sowjetischen Streitkräfte und über die Produktion wichtiger VE-Betriebe. Zur Abfassung seiner Spionageberichte benutzte er Geheimtinte. Auftragsgemäß sollte er in die SED eintreten, was ihm jedoch nicht gelang. [Name 53] ist einer von zahlreichen Agenten, die eigens zum Zwecke der Wühl- und Spionagetätigkeit in der DDR vom Ostbüro der SPD geschult wurden.

Das Ostbüro der SPD führt diese Agentenschulungen im Rahmen der sogenannten »Sonderkurse für Betriebsfunktionäre« an der Heimvolkshochschule in Bergneustadt in Westdeutschland durch. Die Heimvolkshochschule Bergneustadt (Oberbergischer Kreis) Telefon [Nr.] oder [Nr.] gehört zu der in Westdeutschland existierenden Friedrich-Ebert-Stiftung,¹⁰³ die diese Schule am 28.2.1956 auch eröffnete. Die Heimvolkshochschule ist die Parteischule der SPD, obwohl nach außen hin diese Tatsache nicht bekannt gemacht wird, um dadurch die Staatszuschüsse nicht zu gefährden. Außer den Zuschüssen vom Parteivorstand der SPD wird die Schule auch durch Zuschüsse des Bundesinnenministeriums, des Innenministeriums von Nordrhein-Westfalen und der sogenannten Zentralstelle für Heimatvertriebene finanziert.

Bereits der Teilnehmerkreis lässt erkennen, dass es sich bei dieser Schule um eine getarnte Agenten- und Spionageschule handelt. Neben Mitgliedern der SPD, Betriebsfunktionären, Gewerkschaftlern und Funktionären der SPD aus Westdeutschland und aus dem demokratischen Sektor von Berlin nehmen auch sogenannte »V-Leute« des Ostbüros der SPD und aus der DDR geflüchtete ehemalige Strafgefangene teil. Die Teilnehmerlisten werden geheim gehalten, Gruppenfotos sind untersagt und die teilnehmenden Personen aus der DDR dürfen sich nicht beim Familiennamen nennen, ihre Heimatorte nicht angeben und nur mit ihren Deck- oder Vornamen auftreten. In den sogenannten »Sonderkursen für Betriebsfunktionäre«, auf denen die Agenten geschult und die unter dem Thema »Darstellung und Kritik des Kommunismus« durchgeführt werden, treten als Lektoren hauptsächlich der Leiter des Ostbüros der SPD, Stephan Thomas, sowie zahlreiche hauptamtliche Mitarbeiter der SPD, unter ihnen die Renegatin Carola Stern,¹⁰⁴ die aus dem Gebiet der DDR flüchtete, auf. Zum Thema »Die Darstellung und Kritik des Bolschewismus« suggeriert Thomas den Teilnehmern den Gedanken der Annexion des Gebietes der DDR durch Westdeutschland und erklärte dabei u. a., dass der Forschungsbeirat des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen den »Wiedervereinigungstag« bereits fix und fertig analysiert habe, sämtliche Gebiete bereits erfasst und die Vorbereitungen dazu ebenfalls abgeschlossen seien. Der Tag der Wiedervereinigung stehe kurz bevor. Über die Tätigkeit des Ostbüros der SPD in diesem Zusammenhang machte er folgende aufschlussreiche Ausführungen, die dazu angetan sind, die Agenten des Ostbüros der SPD in der DDR zum Widerstand gegen die verfassungsmäßige Ordnung aufzuhetzen und die bereits angeführten Beispiele der Feindtätigkeit dieser Zentrale gegen die DDR [zu] bestätigen. Nach seinen Worten führt das SPD-Ostbüro einen »Aufklärungsfeldzug« und Propaganda mittels Flugblätter und Schriften durch, sammelt es Nachrichten über die DDR und ihre Maßnahmen und leitet es die »Hilfsaktion für Flüchtlinge«. Für das SPD-Ostbüro gelte es, einen unabdingbaren kompromisslosen Kampf gegen den Kommunismus zu führen. Es gibt keine DDR für die SPD-Mitglieder, sondern nur eine sowjetisch besetzte Zone. Aufschlussreich sind auch die Erklärungen von Thomas, die er vor den Teilnehmern dieser Kurse über den Fall des ehemaligen Leiters des sogenannten »Bundesamtes für Verfassungsschutz«, Dr. John, abgegeben hat. Wörtlich führte er darüber aus, dass dieser »im Auftrage der Bundesrepublik und des englischen Geheimdienstes in die DDR geschickt wurde, um hinter die Kulissen zu sehen. Als Preis dafür habe er einige Agenten preisgegeben. Das Ziel wurde jedoch nicht erreicht, da er keinen Einblick erhielt. Der Prozess in Karlsruhe wäre nur eine Farce«.

Die Lektionen der übrigen Lektoren haben alle den gleichen Inhalt: Hetze gegen die sozialistischen Staaten, besonders gegen die Sowjetunion und die DDR und die Erziehung und Schulung ihrer Agenten aus der DDR zum »Widerstand«. Auch in den Arbeitsgemeinschaften, die an Stelle von Seminaren zu diesen Sektionen stattfinden, werden diese Themen behandelt. Zum Beispiel:

- »Wie können wir den sozialdemokratischen Kampf in der Zone unterstützen?«
- »Wie soll die Neuordnung in der »Zone« aussehen auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft?«

Das Ostbüro der SPD unterhält in Westberlin noch eine Reihe untergeordneter Agentenorganisationen.

Die Gefährlichkeit und der Charakter des Ostbüros der SPD und seiner Nebenorganisationen gehen aus den nachfolgenden Schilderungen hervor:

Von dem hauptamtlichen Mitarbeiter »Dr. Pritzel« alias »Dr. Reinhardt«¹⁰⁵ wurde der Ingenieur Martin Bitterlich¹⁰⁶ aus den Industrierwerken Dresden als »V-Mann« des Ostbüros der SPD angeworben und erhielt den Decknamen »Süss«. Bitterlich erhielt den Auftrag, Spionageberichte über Konstruktionspläne im Flugzeugbau zu beschaffen und genaue Angaben über die Verkehrsanlagen und Transporte der Deutschen Reichsbahn zu geben. Dazu wurde er mit dem Gebrauch von Geheimtinte und einer Spezialkamera vertraut gemacht.

Ebenso trieb der ehemalige »V-Mann« des Ostbüros der SPD [Vorname Name 56] alias [Name 57] aus Magdeburg Wirtschaftsspionage im VEB »Karl-Liebknecht-Werk« Magdeburg.¹⁰⁷ Er lieferte auftragsgemäß Spionageberichte über Produktionsprogramme, Planerfüllung, Exportprogramm usw. an das Ostbüro der SPD. Diese Informationen sollten dazu dienen, das Produktionsprogramm der DDR zu stören. Der verbrecherische Charakter des Ostbüros der SPD und seiner untergeordneten Agentenorganisationen zeigt sich besonders auch in der Ausnutzung Jugendlicher für ihre feindliche Tätigkeit.

Der damals 16-jährige Schüler am Lehrerbildungsinstitut Potsdam Nikoleit, Klaus-Hermann,¹⁰⁸ stand seit 1955 mit der Agentenorganisation des Ostbüros der SPD »Aktionsgemeinschaft freier Jugend Mitteldeutschland«,¹⁰⁹ Redaktion »Freie Junge Welt«¹¹⁰ in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 174/175 in Verbindung. Im Auftrag der hauptamtlichen Mitarbeiterin [Vorname Name 58] alias [Name 59] berichtete N. bis zum April 1957 fortgesetzt über die Situation und den Ausbildungsverlauf – u. a. m. – am Institut. Diese Informationen wurden von der Hetzzeitung »Freie Junge Welt« in entstellter Form wiedergegeben, um unter den Jugendlichen, besonders unter den Studenten und Oberschülern des demokratischen Sektors von Berlin und in der DDR Unruhen und Unzufriedenheit zu stiften.

»Redaktion Freie Junge Welt«

Die Redaktion »Freie Junge Welt« führt die Deckbezeichnung »Garage«. Die Haupttrichtung ihrer verbrecherischen Tätigkeit ist die Spionage, wobei sie vorwiegend Jugendliche missbraucht, die studieren oder schon in der Produktion tätig sind. Bei ihren Anwerbungsmethoden versandte sie u. a. Preisausschreiben, deren »Gewinner« bei der Abholung des Geldpreises angeworben wurden. Außer der Hetzzeitung »Freie Junge Welt« werden noch die »Junge Generation«¹¹¹ und eine Fälschung der im demokratischen Sektor von Berlin erscheinenden »Einheit«¹¹² verbreitet.

»Ost-West-Begegnungen« der Falken¹¹³

Einen ebenso gefährlichen Charakter wie die »Aktionsgemeinschaft Freier Jugend Mitteldeutschland« haben die sogenannten »Ost-West-Bewegungen« der Falken und Jungsozialisten. Diese haben das Ziel, die Jugend der Deutschen Demokratischen Republik ideologisch zu zersetzen und gegen die DDR aufzuwiegeln.

Die Zielsetzung des »Referates Mitteldeutschland« der Falken¹¹⁴ charakterisierte deren Vorsitzender *Ristock*¹¹⁵ auf die Feststellung des Org.-Sekretärs im Landesvorstand der Falken, *Dittner*,¹¹⁶ dass das »Referat Mitteldeutschland« eine Spionage- und Agentenorganisation ist, welche vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen und von den USA finanziert wird, wie folgt: »In der Sowjetunion, in den Volksdemokratien und in der DDR Zersetzungsarbeit zu leisten und deshalb in der DDR und im demokratischen Sektor von Berlin Kontakte zu Studenten und SED-Mitgliedern schaffen und vertiefen und geheime Parteizellen in der SED und in den Massenorganisationen zu bilden.«

Die »Ost-West-Begegnungen« dieser Organisation werden konspirativ durchgeführt, wobei die Teilnehmer aufgefordert werden, sich nicht mit den Familiennamen anzusprechen und keine Einzelheiten über ihre Herkunft zu nennen. Besonders wurde der konspirative Charakter dieser »Begegnungen« durch den Prozess gegen den Vorsitzenden der Falken, Harry *Ristock*, bestätigt, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit in Westberlin durchgeführt wurde. Dadurch sollte verhindert werden, dass die Westberliner Bevölkerung Kenntnis davon erhielt, welche umfangreichen Geldmittel bei diesem zweifelhaften Unternehmen vergeudet werden. Dies mussten selbst die »BZ« vom 23.5.1958¹¹⁷ und der »Spiegel« 14/58¹¹⁸ zugeben. In der »BZ« heißt es u. a.: »Mehr als zweifelhaft erscheint die Berechtigung einer Jugendorganisation, sich mit Dingen zu beschäftigen, die die Sicherheit des Staates gefährden.« *Ristock* war wegen Betrug und Urkundenfälschung angeklagt. Er hatte 5 000 DM von einer Summe Gelder unterschlagen, die für sogenannte »Helferschulung« und ca. 500 000 DM, die für sogenannte »Ost-West-Begegnungen« beim Senator für Jugend und Sport angefordert und bewilligt worden war.

Der feindliche Charakter der »Begegnungen« geht besonders auch aus den Worten des Mitglieds der sogenannten »Ortskommission« des Falkenvorstandes, Jürgen *Gerull*,¹¹⁹ hervor. G. äußerte: »dass es für die Jugendlichen aus der DDR gefährlich sei, an den Begegnungen teilzunehmen. Man müsse aber das Risiko eingehen, wenn die Möglichkeit bestände, einen neuen 17. Juni – Putsch¹²⁰ auszulösen.«

Mit den gleichen Zielen arbeiten der »Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS)« und die »Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft« (GSG).

Der SDS-Landesverband Westberlin z. B. verfolgte schon 1956 das Ziel – wie der Landesvorsitzende *Büsch* erklärte – »an den Universitäten der DDR einen dauernden Unruhezustand zu schaffen«. Dies geschah in Übereinstimmung und mit Unterstützung der SPD in Westberlin, die – wie Brandt zusagte – dafür Mittel zur Verfügung stellen wollte. Zu diesem Zweck sollte auch ein Ausschuss gebildet werden, der sich ständig mit der Hochschulsituation in der DDR befasst.

Wie das Vorstandsmitglied des Westberliner DGB, Anneliese *Holtz*, anlässlich einer Landesvollversammlung der GSG erklärte, soll die GSG zum »Geistigen Zentrum einer Widerstandsbewegung unter den Studenten der DDR« und zum Sammelbecken aller Feinde der DDR gemacht werden.

»Ostbüro der CDU«¹²¹

In Berlin-Tempelhof, Manfred von Richthofenstraße 2 befindet sich das sogenannte »Ostbüro der CDU«, welches 1947 von dem ehemaligen Leiter des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen, Jakob¹²² Kaiser, als »Büro Jakob Kaiser« gegründet wurde.

Das Ostbüro der CDU ist eine Agentenzentrale, die Wühlarbeit, Spionage und Zersetzungstätigkeit in der DDR durchführt und große Sendungen Hetzmaterial durch die Post und mit Ballon in die DDR einschleust. Die Aussagen der ehemaligen Hauptagenten des Ostbüros der CDU [Name 60] und Koschinski¹²³ – die gleichzeitig mit dem französischen Geheimdienst in Verbindung standen – sowie des Agenten *Müller*¹²⁴ bewiesen dies eindeutig. *Koschinski* führte als Hauptagent des Ostbüros der CDU dem französischen Geheimdienst den ehemaligen Kreissekretär der CDU aus Bernau, Kurt *Brandenburg*¹²⁵ zu; während der Agent *Müller* die Studenten Hans-Ulrich *Klose*¹²⁶ und Helge *Herrmann*¹²⁷ aus Falkensee dem Ostbüro der CDU zur Anwerbung zuführte.

Zur Übermittlung der Spionageinformationen werden in Westberlin Treffs mit den Agenten aus der DDR durchgeführt. Besonderen Wert legt das »Ostbüro der CDU« auf die Zuführung von Personen für die Durchführung der Feindtätigkeit.

»Ostbüro der FDP«¹²⁸

Das Ostbüro der FDP wurde 1948 in Westberlin und Westdeutschland als sogenannter »Hilfsdienst – Ost« gegründet und 1952 in das »Ostbüro der FDP« umbenannt. Seit 1956 existiert dieses Büro unter der Tarnbezeichnung »Referat Wiedervereinigung« und hat seinen Sitz in Berlin-Charlottenburg, Württembergallee 8. Das Ostbüro der FDP (Referat Wiedervereinigung) befasst sich – ebenso wie die vorgenannten Ostbüros – mit Störaktionen und Wühlarbeit gegen die Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik.

Der hauptamtliche Mitarbeiter des Ostbüros der FDP, Hans *Földner*,¹²⁹ organisierte und leitete z. B. einige Tage nach dem 17. Juni 1953 mit etwa 40 ausgewählten Personen aus dem Flüchtlingslager Berlin-Marienfelde einen terroristischen Überfall auf das Parteibüro der SED in Berlin-Neukölln. Dazu gab er den Personen Anweisung, sämtliche Einrichtungsgegenstände des Büros zu zerstören und Unterlagen und Akten zu vernichten oder auf die Straße zu werfen. Vor dem Überfall verständigte *Földner* die Polizei. Diese gab ihre Sanktionierung zu dem Überfall und erschien erst nach der Demolierung des Büros, um die auf der Straße liegenden Akten und Unterlagen abzutransportieren. In seiner Vernehmung sagte *Földner* später aus, dass dieser Überfall eine Vergeltungsmaßnahme für den misslungenen Putschversuch vom 17. Juni 1953 sein sollte.

5. Die Wühl- und Zersetzungsarbeit der Sender »RIAS« und »Radio freies Europa«.

Der »RIAS« oder »Rundfunk im amerikanischen Sektor« mit dem Sitz in Berlin-Schöneberg, Kufsteiner Straße 69, ist ein staatliches Unternehmen des Informationsdienstes der USA beim Staatsdepartement der USA. Die Sendungen erfolgen ausschließlich in deutscher Sprache und sind darauf abgestimmt, im deutschen Volk ein gewisses Misstrauen und Feindschaft zur Regierung der DDR und zu den von ihr durchgeführten Maßnahmen zu verbreiten.

Der Sender wurde 1945 – Anfang 1946 geschaffen und unterstand den amerikanischen Militärbehörden. 1947 wurde der »RIAS« der Abteilung für Gesellschaftsfragen der diplomatischen Mission der USA in Westdeutschland und später der Verwaltung des Informationsdienstes der USA in Washington unterstellt. In administrativer Hinsicht untersteht der »RIAS« unmittelbar der Abteilung für Gesellschaftsfragen der diplomatischen Mission der USA in Westberlin sowie dem Chef der Mission, Mr. [Name 61].

Der Sender hat eine Personalstärke von ca. 500 Personen. Außer den Büros und Studios in Berlin-Schöneberg, Kufsteiner Straße 69 befindet sich in Westberlin ein Sender, der als »RIAS-Britz« bezeichnet wird.

Der Sender sowie andere Rundfunkanlagen stammen vom USA-Armeerundfunkdienst (AFN). Ein weiterer Sender des »RIAS« befindet sich in Hof bei München.

Die Finanzierung des »RIAS« erfolgt ausschließlich aus amerikanischen Mitteln. So wurden allein im Finanzjahr 1959 (Juli 1958 bis Juni 1959) im Kostenanschlag [sic!] für Ausgaben dieses Senders 2 986 000 Dollar vorgesehen.

Bezeichnend ist ferner das Interesse des Informationsdienstes der USA in Washington und dessen europäischen Abteilungen an diesem Sender, das insbesondere in Besichtigungen des »RIAS« durch Kommissionen, Komitees usw. seinen Ausdruck findet.¹³⁰ Zum Beispiel arbeitete 1955 das »Branson-Komitee« an diesem Sender mit der Aufgabe, für die amerikanische Regierung einen ausführlichen Bericht über die Arbeit des »RIAS« anzufertigen.

Am 28.1.1957 besichtigte der Direktor des Informationsdienstes der USA, Mr. Larson,¹³¹ den RIAS. Von April bis Mai 1958 weilte eine Inspektionsgruppe am »RIAS«, der [Name 62] und [Name 63] – Vertreter der Administration des Informationsdienstes der USA in Washington, sowie John McGowan,¹³² Stellv. Chef der Abteilung für Gesellschaftsfragen der USA-Botschaft in Westdeutschland angehörten.

Die Aufgaben des »RIAS« werden besonders deutlich in einem Brief des stellv. Direktors des »RIAS«, *Fielden*,¹³³ an die »Genossenschaft zum Schutze der Autorenrechte der Komponisten« vom 13.2.1958. In diesem Brief schreibt *Fielden*:

»Der RIAS ist ein Unternehmen der Regierung der USA. Seine Aufgaben sind politischer Art, in der Hauptsache keine geschäftlichen Sendungen. Die musikalischen Sendungen sind eine zweitrangige Aufgabe des RIAS, welche bei der Lösung der Hauptaufgabe, der politischen Aufgabe, helfen.«

Der wahre Charakter des Senders »RIAS« zeigt sich auch in der Teilnahme von Vertretern der Direktion dieses Senders an Tagungen des Informationsdienstes der NATO in Paris sowie in den übrigen Beziehungen der NATO. So nahm z. B. am 16.5.1957 der Vertreter des »RIAS« *Dalcher*,¹³⁴ an einer solchen Tagung in Paris teil. Im Dezember 1957 fuhr der Mitarbeiter der Sektion politische Programme im Bonner Büro des »RIAS«, *Roland Müllerburg*,¹³⁵ nach Paris zur Konferenz der NATO. Andererseits besuchte der Leiter des NATO-Informationsdienstes, Major [Name 64] im Mai 1957 den »RIAS«, wo er Ratschläge und Hinweise über die Verbreitung der NATO-Politik erteilte.

Die amerikanischen Mitarbeiter des »RIAS« werden vom amerikanischen Informationsdienst gestellt und sind vorwiegend hauptamtliche Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes. Bei der Festsetzung des neuen Haushaltsplanes 1959 entschloss sich die Leitung des Informationsdienstes der USA, die Gruppe der amerikanischen Angestellten am Sender zu erweitern.

Der Leitungsgruppe des Senders gehören unter anderem an:

- *Dalcher*, Laurence,¹³⁶ Amerikaner, Direktor des »RIAS«,
- *Fielden*, Bert, Amerikaner, Stellv. Direktor, Sekretär des diplomatischen Dienstes II. Klasse. Er gehört zzt. der 1. Reserve des militärischen Aufklärungsdienstes des Heeres der USA an und besuchte mehrere Lehrgänge an der Schule für militärische Aufklärung in Oberammergau
- *Trembour*,¹³⁷ Fred, Amerikaner, 2. Stellvertreter des Direktors des »RIAS«.

Neben den provokatorischen Propagandasendungen versucht der »RIAS« die Bevölkerung der DDR zur aktiven Tätigkeit gegen die DDR aufzuwiegeln. Bereits am Tage vor dem Putschversuch – am 16. Juni 1953 – rief der »RIAS« die Bevölkerung der DDR auf, »sich die Unsicherheit der Funktionäre zunutze zu machen« und dazu überzugehen, die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften »zu zerschlagen«. Auch in der Folgezeit hat der »RIAS« die Bevölkerung der DDR ständig zum Widerstand gegen die Regierung der DDR aufgefordert.

Darüber hinaus werden vom »RIAS« Bürger der DDR zur Agententätigkeit angeworben und an die amerikanischen Geheimdienste in Westberlin übergeben. Außerdem wirbt der »RIAS« aus dem Gebiet der DDR eine Anzahl sogenannter »Interviewer« an, die in seinem Auftrag Spionageberichte sammeln, die vom »RIAS« in Sendungen und Kommentaren zur Hetze und Zersetzungstätigkeit gegen die DDR ausgenutzt werden.

»Radio Freies Europa«

Der in München, Englischer Garten, stationierte Sender »Freies Europa« ist ebenfalls eine amerikanisch gesteuerte Spionage- und Agentenzentrale, deren vorgesetzte Dienststelle (Free Europe Committee) sich in den USA befindet.¹³⁸ Die Sendeeinrichtungen sind in Moosburg bei München untergebracht. Weitere Sendeanlagen stehen in Biblis, Holzkirchen und Lissabon. Die Sendungen werden in verschiedenen Sprachen ausgestrahlt und richten sich mit Lügen und Verleumdungen gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien.

Zur Finanzierung werden dem Sender aus dem USA-Propaganda-Fonds umfangreiche Mittel zur Verfügung gestellt. Weitere Zuwendungen erhält der Sender von amerikanischen Privatpersonen, wobei es sich vor allem um Mitglieder der Organisation »Kreuzzug der Freiheit«¹³⁹ handelt, an deren Spitze der amerikanische Millionär Henry Ford II¹⁴⁰ steht. Diese Mittel erhalten vor allem die Leiter der Emigrantenorganisationen, die eng mit dem Sender zusammenarbeiten.

Die Sendungen vom »Radio Freies Europa« werden von der Informationsabteilung unter Aufsicht des Amerikaners [Vorname Name 65] zusammengestellt. Dabei werden in den Programmen verschlüsselte Anweisungen an die Agenten des amerikanischen Geheimdienstes in den Volksdemokratien gegeben.

In der Druckerei des »RFE« werden unter Anleitung des [Vorname Name 65] Flugblätter und Hetzschriften, sowie achtseitige Zeitungen in polnischer, tschechischer, ungarischer, rumänischer und bulgarischer Sprache hergestellt, die in großen Mengen mittels Ballons in die einzelnen Volksdemokratien eingeschleust werden. Abschussbasen befinden sich in Giebelstadt und in anderen Orten in der Nähe der Grenze zur ČSR.

Eine Zweigstelle des »Radio Freies Europa« befindet sich in Hamburg 13, Harvestehuder Weg 49.¹⁴¹ Diese Zentrale befasst sich besonders mit der Anwerbung von Spionen und ist bemüht, unter den Angestellten der ČSPLO (tschechische Schifffahrt) geeignete Personen als Agenten zu gewinnen, die auf den Wasserwegen Spionagetätigkeit durchführen sollen.¹⁴²

Weitere Verbindungen des »RFE« bestehen noch zu dem ebenfalls mit amerikanischen Mitteln finanzierten »Free Europe Press«. ¹⁴³ Diese amerikanische Zentrale begann 1954 mit dem Einschleusen von Hetzmaterial mittels Ballon in die Volksdemokratien. Der Inhalt dieser Hetzschriften wird mit den Sendungen des »RFE« koordiniert und richtet sich in übelster Weise gegen die Volksdemokratien. Seit Anfang dieser Aktion wurden bisher sehr große Mengen an Hetzmaterial in die Volksdemokratien eingeflogen. Allein bis 1956 waren es bereits über 400 000 Ballons.

IV. Westdeutschland und Westberlin als Ausgangspunkt der Einschleusung von Hetzschriften und Fälschungen in die DDR

Viele der in Westdeutschland und Westberlin befindlichen Agentenzentralen, besonders aber das Ostbüro der SPD und das CDU-Ostbüro, die KgU, der UfJ, NTS und ZOPE benutzen die für sie günstige Lage Westberlins mitten im Gebiet der DDR, um Millionen von Hetzflugblättern durch Ballons verschiedener Größen und Konstruktion und auf dem Postwege in den demokratischen Sektor von Berlin und in die DDR einzuschleusen. Den Hauptanteil trägt dabei das Ostbüro der SPD und NTS/ZOPE, während sich der UfJ vorwiegend auf den Hetzschriftenversand durch die Post konzentriert.

So wurden beispielsweise seit 1957 von Westdeutschland und Westberlin kommend fast 16 Millionen Hetzschriften sichergestellt, deren Inhalt in den meisten Fällen eine Einmischung in innere Angelegenheiten der DDR darstellt und – zum Teil mit entsprechenden Verhaltensmaßnahmen – zur Sabotage und Diversion, zu Streik und zum Aufstand gegen die staatliche Ordnung in der DDR auffordert, nicht zuletzt um Möglichkeiten und Voraussetzungen auch einer militärischen Einmischung zu provozieren.

In einem mit Galgen und Karikaturen versehenen Hetzzettel werden die Mitglieder der SED, verbunden mit Mordhetze, aufgerufen, die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR zu beseitigen. 102 000 solcher und ähnlicher Exemplare wurden am 25.6.1957 in der von Westberlin kommenden S-Bahn am Grenzkontrollpunkt Griebnitzsee sichergestellt.

In einem Flugblatt der KgU wird die Bevölkerung der DDR zur Sabotage, Diversion und Schädlingstätigkeit angehalten und ihr wörtlich folgende Hinweise gegeben:

»Zucker in den Benzin tun, in die Ölbuchsen für Öle und Fette bei Maschinen Sand werfen und über die Telefondrähte einen Bindfaden (oder noch besser Draht) zweimal überwerfen und beide Enden fest zusammenziehen und befestigen, Buna-Treibstoffe mit Leuna vermischen usw.,¹⁴⁴ bei wichtigen Arbeiten Krankheit vortäuschen, im Post- und Fernmeldewesen Störungen vornehmen, die nicht sofort entdeckt werden, Briefe von VEB und Verwaltungen verschwinden lassen, seitlich liegende Signaldrähte bei der Eisenbahn durchkneifen und vieles andere mehr. Bei allen Widerstandshandlungen, die verrichtet werden, dürft ihr nichts zu anderen sagen und keine offene Opposition zeigen! Sabotageakte niemals vor der eigenen Haustür und am eigenen Arbeitsplatz durchführen, doch jede Arbeit so verrichten, dass in der späteren Zeit das Material verschleißt oder unbrauchbar ist! Niemals Normtreiber werden! Vorsicht bei Fingerabdrücken! Vorsicht bei Spuren! (Sackleinen um die Füße wickeln und mit Petroleum oder ähnlichem begießen)«.

Das SPD-Ostbüro versandte eine Reihe von Hetzschriften, in denen offen eingestanden wird, dass »durch ihre sozialdemokratischen Ideen und Parolen« Widerstand der Bevölkerung der DDR gegen die Regierung organisiert und in die entsprechenden Bahnen gelenkt werden soll. Zu diesem Zweck fordern sie, »spezifische Mittel der stillen Revolution« anzuwenden und versuchen, durch Hetze gegen die Regierung der DDR und deren Maßnahmen die Arbeiter zum Streik und zur »Langsamarbeit« zu bewegen, um eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität unmöglich zu machen. Arbeiter, die nicht im Sinne der »Anordnungen« des SPD-Ostbüros handeln, sollen terrorisiert werden.

Schon im Jahre 1953 waren die Agentenzentralen in Westberlin bestrebt, diese Hetzschriftenverbreitung in größerem Umfange zu organisieren. So erklärte beispielsweise der Leiter des Ostbüros der FDP (das sich jetzt »Referat Wiedervereinigung« nennt) *Naase*,¹⁴⁵ dass man in Zukunft von der Einschleusung durch kleine Ballons absehe und hauptsächlich zwei Sorten von Großballons einsetzen werde; an erster Stelle die sogenannten »Superballons«, die von einer »bekannteren und auf diesem Gebiet sehr bewährten Berliner Firma gestartet und durch Uhrwerkzünder auf direkte Ziele gesteuert werden können.« In zweiter Linie sollen die sogenannten »Pilotballons«, die immerhin noch einen Umfang von 3,5 m haben und als »Verbesserung eine aus Westdeutschland importierte echte Zündschnur aufweisen«, benutzt werden. Seit diesem Zeitraum werden durch derartige Ballonaktionen in starkem Maße die Flugkorridore und damit die Luftsicherheit der DDR gefährdet, Menschenleben in unverantwortlicher Weise bedroht und Sachwerte vernichtet. Zum Beispiel verursachte die Explosion des Zündsatzes eines auf das Wohnhaus in Berlin, Rungestraße 9 niedergehenden Ballons mit Hetzmaterial einen Brand. In Bad Freienwalde stürzte ein mit Brandsatz versehener Ballon auf das christliche Kinderheim »Waldhaus«, in unmittelbarer Nähe der spielenden Kinder, die durch einen glücklichen Zufall nicht von den herabstürzenden Ziegelsteinen verletzt wurden. Solche Beispiele gibt es noch viele. Erst vor kurzer Zeit wurden in Lynow, [Kreis] Luckenwalde, eine Kindergärtnerin und drei Kinder durch einen zu einem Ballon gehörenden Zündsatz verletzt. Einem Kind musste der Arm amputiert werden.

Eine weitere Methode der Einmischung in innere Angelegenheiten der DDR sind die Versuche, mittels gefälschter Schreiben und Anweisungen – meist auf wirtschaftlichem Gebiet – die Handelsbeziehungen zu anderen Ländern zu stören und dabei das Ansehen der DDR zu schädigen, Produktionsstörungen hervorzurufen und das Vertrauen der Bevölkerung der DDR zur Regierung zu untergraben. Die sogenannte KgU unterhält eigens zu diesem Zweck eine Fälscherwerkstatt, administrative Störstellen genannt, die von dem Hauptagenten *Pönack* alias *Barth* alias *Rabaul* alias *Daniel*¹⁴⁶ geleitet wird. Hier werden Briefmarken, Beitragsmarken verschiedenster Art (in der Vergangenheit auch Lebensmittelkarten), Stempel, Dienstsiegel, Ausweise und die schon erwähnten Rundschreiben, Anordnungen und andere Schriftstücke gefälscht.

Diese Fälschungen werden schon seit vielen Jahren an Betriebe, Behörden, Personen in der DDR und entsprechende Wirtschaftspartner der DDR im Ausland gesandt bzw. durch die Agenten der KgU im Gebiete der DDR verbreitet. Zum Beispiel wurde dem Ministerium für Außenhandel in Neu-Dehli, Indien, mitgeteilt, dass das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR nicht in der Lage sei, die für 1955 vorgesehenen Lieferungen zu realisieren, da infolge der Pariser Verträge die Industrie auf Wiederaufrüstung umgestellt werde und die vertraglichen Produkte für die eigene Industrie und für die Volksdemokratien zurückgehalten werden müssten.¹⁴⁷ In einem anderen Falle wurde der VEB Pels, Erfurt, angewiesen, vertragliche Lieferungen nach Holland einzustellen und die entsprechende Produktion zu stoppen, weil Verrechnungsschwierigkeiten beständen.¹⁴⁸ Einer Firma in Bukarest wurde mitgeteilt, dass die DDR wegen Übernahme großer Exportverpflichtungen in das kapitalistische Ausland ihre Lieferverträge für Vulkanfiberplatten nicht einhalten könne. Für alle Fälschungen wurde als Absender der Deutsche Innen- und Außenhandel (DIA) vorgetäuscht.

Mit einer anderen äußerst raffinierten Fälschung sollte der Finanzplan der DDR geschädigt und auf der anderen Seite Unzufriedenheit unter den Arbeitern mehrerer Betriebe hervorgerufen werden, indem an verschiedene Banken der DDR telegrafische Überweisungen auf das Konto verschiedener Betriebe geschickt wurden, während die entsprechenden Betriebe die gefälschte Anweisung erhielten, hohe Beträge abzuheben und zu verausgaben.

Dass nicht nur allein die KgU mit dem Mittel solcher Fälschungen arbeitet, geht u. a. aus der Äußerung des schon einmal erwähnten Leiters des Ostbüros der FDP hervor, der erklärte, dass Vorkehrungen getroffen seien, weitere Maßnahmen auf dem Gebiete der »administrativen Sabotage« zu ergreifen. Auch beziehen sich die Fälschungen nicht immer auf wirtschaftliche Komplexe. Der Agent der KgU, *Heyder*¹⁴⁹ aus Quedlinburg, der seine gerechte Strafe erhielt, stellte beispielsweise im Auftrage der KgU mit nachgeprägten Stempeln und Siegeln die verschiedensten Schreiben her, deren falscher Inhalt in großen Bevölkerungskreisen Unzufriedenheit und Unsicherheit hervorrufen sollte. Unter anderem entwarf und verschickte er im Auftrage der KgU auch Morddrohungen.

V. Die Zusammenarbeit der imperialistischen Geheimdienste und Agentenzentralen mit dem Regierungs- und Senatsdienststellen

Die gesamte Spionage- und Wühltätigkeit der imperialistischen Geheimdienste und der Agentenzentralen in Westdeutschland und Westberlin erfolgt mit auf das Betreiben und teilweise im direkten Auftrag der westdeutschen und Westberliner Regierungs- bzw. Senatsdienststellen und erfährt deren weitestgehende Billigung und Unterstützung. Die Vielfältigkeit und der Umfang der Förderung dieser Verbrecherorganisationen werden bereits aus den nachstehenden Beispielen ersichtlich:

Die unmittelbare Einmischung *Brandts* in die Agententätigkeit zeigte sich bereits auf einer gemeinsamen Sitzung des »Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen« und des »Forschungsbeirates« in Westberlin am 10. bis 15.5.1954. *Brandt* hielt dort ein Referat über die Notwendigkeit stärkerer Agentenwerbung und -tätigkeit in der DDR. Dies führte neben der grundsätzlichen Feststellung, dass die Filtrierung in Zukunft bei der FDJ und der Volkspolizei beginnen und dort ihren Schwerpunkt haben muss, zu folgenden detaillierten Vorschlägen:

»Die Werbung aus den Reihen der Volkspolizei soll dem *Gehlen*-Apparat¹⁵⁰ und den Leuten des Amtes *Blank* (heutiger Bundesnachrichtendienst)¹⁵¹ vorbehalten bleiben, da dem *Kaiser*-Ministerium (»Ministerium für gesamtdeutsche Fragen«)¹⁵² die hierfür benötigten Fachleute fehlen. Der mittlere und gehobene Apparat der Regierung und Verwaltung der DDR muss mit V-Leuten durchsetzt werden. Man müsse Kader heranziehen, die bei der SED unbegrenzt Vertrauen genießen und gleichzeitig die Fähigkeit haben, sich unter der Bevölkerung populär zu machen. Aus der FDJ als einer kaderbildenden Organisation der DDR müssen, besonders aus den Funktionärsschichten, Mitglieder angeworben werden, die Aufstiegsmöglichkeiten haben.«

Die Fortsetzung dieser Linie zeigte sich u. a. besonders in den Maßnahmen zur Störung der Kommunalwahlen am 23. Juni 1957 in der DDR. In Westberlin wurde zu diesem Zweck ein »Aktions-Komitee« gegründet, das die Störungsmaßnahmen vorbereiten und auch nach den Wahlen seine Tätigkeit fortsetzen sollte. Zu den Mitgliedern zählten neben Vertretern des SFB, des »RIAS«, des SPD-Ostbüros, des CDU-Ostbüros, des DGB, des Informationsbüros West, des UfJ, der NTS auch Vertreter des »Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen«, des Senats, der Freien Universität, der Hochschule für Politik u. a. Senatsdienststellen. Ernest¹⁵³ Salter, als einer der Hauptsprecher, erklärte dort neben anderen Beiträgen in zynischer Offenheit, dass sich der Westen seine »Revolution« in den Ostblockstaaten nicht zu den ihm passenden Zeitpunkt bestellen kann, deshalb sollte man sich darauf konzentrieren, dass der Kommunismus mit »Kommunisten zu schlagen sei und dass man die DDR als geeignetes Objekt für die Aktivierung antikommunistischer Tätigkeit ansehe u. a. weil sie eine offene Grenze nach dem Westen habe.«

Der Leiter der NTS, Kurbatow,¹⁵⁴ ergänzte dies mit der Feststellung, dass es gilt, die Politik der Koexistenz, also des friedlichen Nebeneinanderlebens, erfolgreich zu durchkreuzen. Auch das angeblich zur »Verständigung« geschaffene »Büro für gesamtdeutsche Fragen« wurde für die Durchsetzung dieser Aufgaben herangezogen.

Nach Angaben von [Name 66] vom »Büro für Gesamtberliner Fragen«, die er in der Versammlung einer SPD-Betriebsgruppe machte, schaltet sich das Büro immer dann ein, wenn es gilt, Gegensätze zum »Ostregime« hervorzurufen.¹⁵⁵ Dabei konzentriert sich das Büro darauf, Verbindung mit allen Schichten der »Ostbewohner« und besonders mit in der DDR straffällig gewordenen Personen zu halten und feindliche Personen, vor allem an den Universitäten und Betrieben der DDR, zu unterstützen. Er verfügt für diese Zwecke über einen Etat von mehreren Millionen Mark.

Über die damit gleichlaufende Behinderung der SED in Westberlin geben die Ausführungen von Lipschitz¹⁵⁶ vor Mitgliedern des »Freiheitsbundes« in Westberlin Aufschluss, indem er die SED-Mitglieder indirekt den ehemaligen nazistischen Beamten gleichstellt und erklärt, dass SED-Mitglieder in Westberliner Verwaltungen nicht geduldet werden, genauso wenig, wie die ehemaligen Nazi-Beamten. Der Freiheitsbund arbeitet eng mit dem Ostbüro der SPD und der Polizei zusammen und registriert systematisch alle SED-Mitglieder in Westberlin.¹⁵⁷

Anlässlich des Besuches von Außenminister Dulles¹⁵⁸ am 8.5.1958 in Westberlin wurden dem Westberliner Senat 250 000 Dollar von amerikanischer Seite für den »Ostkampf« zur Verfügung gestellt. Die Schwester des amerikanischen Außenministers, Eleanor Dulles,¹⁵⁹ übergab auf einem Empfang für Westberliner Theologiestudenten, an dem auch Bischof Dibelius¹⁶⁰ und Propst Böhme¹⁶¹ teilnahmen, der Kirche eine Stiftung von 100 000 Dollar zur Unterstützung des »Kampfes der Kirche im Osten«.

Frau [Vorname Name 67], wohnhaft Schwerin, [Straße, Nr.], suchte 1956 in Westberlin den Rechtsanwalt [Name 68], wohnhaft Berlin-Schöneberg, [Straße, Nr.] sowie durch dessen Vermittlung die Politische Polizei in Berlin-Tempelhof, Tempelhofer Damm 1–7 auf,¹⁶² um gegen den Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes [Vorname Name 69] wohnhaft Berlin-Halensee, [Straße, Nr.], ein Strafverfahren einzuleiten. Der Ehemann der [Name 67] war durch den [Name 69] mit erpresserischen Machenschaften zur Agententätigkeit gezwungen und aufgrund dieser Tätigkeit von den Sicherheitsorganen der DDR festgenommen worden. Nachdem sie diesen Sachverhalt der Politischen Polizei vorgetragen hatte, äußerte einer der Polizeiangehörigen, dass »dieser Fall kein Einzelfall sei und dass ihnen schon wiederholt ähnliche Dinge vorgetragen wurden, dass es aber leider, und das sei seine private Meinung, in der Bundesrepublik keine Gesetze gäbe, um solche Leute, auch wenn sie deutscher Staatsangehörigkeit sind, zu belangen«. Der Frau [Name 67] wurde durch die Politische Polizei geraten, von einem Prozess abzusehen, da diese Personen durch ausländische Mächte gestützt werden.

Die Politische Polizei in Westberlin begünstigt nicht nur die Tätigkeit, sondern unterstützt direkt imperialistische Geheimdienste und Agentenorganisationen. Das findet u. a. in Folgendem seinen Ausdruck: Die Agenten des Bundesnachrichtendienstes aus der DDR, die die Zentrale in Westberlin anlaufen, haben als Sicherungsmaßnahmen sogenannte »Notnummern« erhalten. Wird ein Agent aus der DDR bei irgendeinem Zwischenfall in Westberlin durch die Polizei festgenommen, so soll er zur Wahrung der Konspiration niemals seinen Namen nennen, sondern einen amerikanischen Offizier zu sprechen wünschen. Diesen hat er seine Notnummer zu nennen. Nach Überprüfung erfolgt dann sofortige Entlassung. Derartige Notnummern erhielten auch die Mitarbeiter der Zentralen, sodass die Westberliner Polizei, selbst bei bekannt gewordenen kriminellen Delikten dieser Personen, nichts unternehmen kann.

In großem Umfang werden über die Westberliner Behörden, insbesondere über die Polizei, Zubringerdienste für die Geheimdienste geleistet, indem geeignete Personen zur Anwerbung zugeführt werden. Der Schiffseigner [Name 70, Vorname], Magdeburg, [Straße, Nr.], lernte über einen Bekannten den Angehörigen der Westberliner Kriminalpolizei, [Vorname Name 71], kennen. [Name 71] brachte [Name 70] mit dem Mitarbeiter des englischen Geheimdienstes, [Name 72], in Verbindung, von dem [Name 70] als Funker für den Kriegsfall angeworben wurde. Der Agent [Name 73, Vorname] aus Cottbus, [Straße, Nr.], begab sich im August 1956 nach Westberlin, um bei Westberliner Verwaltungsorganen juristische Ratschläge einzuholen, da er Differenzen auf seiner Arbeitsstelle hatte. Er meldete sich im 151. Revier der Westberliner Schutzpolizei in Berlin-Wilmersdorf, Berliner Straße. Von dort aus wurde er von einem Polizeibeamten in einer Gaststätte in Charlottenburg, Pestalozzistraße, mit dem Mitarbeiter des englischen Geheimdienstes, »Born« bekannt gemacht, bei einem weiteren Treff zur Spionagetätigkeit angeworben und als Funker für den Kriegsfall geschult.

In gleicher Weise erhalten diese Geheimdienste und Agentenzentralen auch durch andere Senatsstellen Unterstützung. Der 1958 festgenommene Agent [Name 74, Vorname] aus Hohen Neuendorf bei Berlin wurde von einem leitenden Senatsangestellten des Rathauses in Berlin-Schöneberg an die Westberliner Dienststelle des »Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen« verwiesen, wo er von dem Mitarbeiter [Name 75] unter dem Decknamen »Tarnow« angeworben und zur Spionage beauftragt wurde. [Name 74] lieferte 470 verschiedene DEFA-Filme an die Westberliner Dienststelle des »Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen«, die von dieser Dienststelle zur Hetze gegen die DDR genutzt wurden.

Der im Rathaus Berlin-Neukölln, Abteilung Bauwesen, tätige [Vorname Name 76] war gleichzeitig Abteilungsleiter in der AIS-Dienststelle¹⁶³ des amerikanischen Geheimdienstes Berlin-Dahlem, Auf dem Grat 7. Seine besondere Methode war, durch Vortäuschen von Liebesverhältnissen Frauen zu intimen Beziehungen zu nötigen und sie dann anzuwerben.

Der Senatsdirektor beim Senat des Innern, *Luster*,¹⁶⁴ Mitglied der CDU, ist »Vertrauensmann« des Bundesverfassungsschutzamtes. Er wurde durch Staatssekretär *Globke*¹⁶⁵ mit ausdrücklicher Billigung von Brandt in diese Funktion gebracht, um den Einfluss des Bundeskanzleramtes auf den Westberliner Senat, besonders auf den Innensenator *Lipschitz*, sicherzustellen. Brandt hat gleichzeitig seine Genehmigung erteilt, unter dem Deckmantel »Senat des Innern« – Inn IZ(G) – durch den Bundesverfassungsschutz Personen zu erpresserischen Verhören vorladen zu lassen.

1

Unter »Agentenzentralen« verstand das MfS antikommunistische Organisationen, die von der Bundesrepublik aus gegen die DDR agierten, wie die Ostbüros von SPD, CDU, FDP und DGB, die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit oder der Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen, aber auch staatliche Einrichtungen wie das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen, die Notaufnahmelager für DDR-Flüchtlinge in Gießen, Uelzen und Berlin-Marienfelde oder der Bundesnachrichtendienst bzw. die Organisation Gehlen als dessen Vorläufer.

2

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus in die DDR hineinwirkte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Wegen ihrer Anbindung an amerikanische Geheimdienststellen und des zeitweisen Einsatzes auch militanter Mittel, galt sie dem MfS als besonders gefährlicher Gegner. Vgl. Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln u. a. 2015; Merz, Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987; Engelmann, Roger: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tüchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u. a. 1999, S. 183–192.

3

Der Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen (UfJ) wurde im Oktober 1946 in Westberlin gegründet und war wesentlich von aus der SBZ/DDR geflohenen Juristen geprägt. Er widmete sich vor allem der Erfassung von Unrechthandlungen und verarbeitete seine Erkenntnisse in umfangreichen Dokumentationen und in Propagandamaterialien, die teilweise wieder in den Osten eingeschleust wurden. In den frühen 1950er-Jahren wurde die Organisation überwiegend vom CIA finanziert, ihre Aktivitäten sind im Kontext der US-amerikanischen »Liberation Policy« zu sehen. Die Staatssicherheit bekämpfte den UfJ mit großem Aufwand und großer Härte, u. a. auch mit Entführungen. Vgl. Hagemann, Frank: Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen 1949–1969. Frankfurt/M. u. a. 1994.

4

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) wurde 1950 in Westberlin von ehemaligen Häftlingen des Speziallagers Sachsenhausen gegründet. Sie betreut vormals in sowjetischen Lagern und Haftanstalten inhaftierte sowie kriegsgefangene Deutsche und setzt sich für die Aufarbeitung der diktatorischen Herrschaft primär in der DDR ein.

5

Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP wurden Ende der 1940er-Jahre von geflohenen Parteimitgliedern gegründet. Sie widmeten sich der Unterstützung von SED-kritischen Aktivisten unter anderem durch das Einschleusen von Informations- und Propagandamaterialien in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

6

Der RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) wurde von der US-amerikanischen Militärverwaltung in Westberlin eingerichtet und strahlte 1946 bis 1993 zwei Hörfunkprogramme, ab Ende der 1980er-Jahre auch ein Fernsehprogramm aus. Der RIAS galt in der DDR als amerikanischer Propagandasender und seine Hörerschaft als politische Gegner.

7

Der Rundfunksender Radio Freies Europa (Radio Free Europe) wurde 1949 vom Nationalkomitee Freies Europa, einer 1949 in den USA gegründeten antikommunistischen Organisation, gegründet und nahm 1950 in München den Sendebetrieb in Englisch und in zahlreichen osteuropäischen Sprachen auf. Ziel war es, die Bevölkerung der ostmittel- und osteuropäischen Staaten im sowjetischen Herrschaftsbereich mit unabhängigen Informationen zu versorgen. Der Sender war damit ein wichtiger Bestandteil der US-amerikanischen Befreiungspolitik.

8

Das im Januar 1951 errichtete »Informationsbüro West« (IWE) stand bis 1964 unter der Leitung des ehemaligen ADN-Mitarbeiters Gerhard Bohlmann, der ein Netz privater V-Leute in der DDR unterhielt. Das IWE sammelte ostdeutsche Presseerzeugnisse und versorgte die Bundesregierung und westdeutsche Medien mit Nachrichten aus der DDR. Es wurde vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen finanziell unterstützt und arbeitete eng mit diesem zusammen. Vgl. Creuzberger, Stefan: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969. Düsseldorf 2008, S. 145 f.; Rüss, Gisela: Anatomie einer politischen Verwaltung. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen – Innerdeutsche Beziehungen 1949–1970. München 1973, S. 115–117.

9

Der Begriff »Tag X« wurde von westlichen Institutionen und Organisationen, die sich mit Wiedervereinigungsfragen und »Ostarbeit« befassten, für den Tag der Wiedervereinigung verwendet.

10

Vgl. Information [226/59](#).

11

Dieser Bericht liegt der Information [226/59](#) als Beimaterial bei, wurde aber nicht in die Edition aufgenommen. Vgl. BArch, MfS, ZAIG 185, Bl. 110–124.

12

Der Bericht wurde mit der falschen Datumsangabe: 7.8.1958 erstellt.

13

Die ZOPE (Zentralnoje Objedinjenije Poslewoennyh Emigrantow, deutsch etwa: Zentralverband der Nachkriegsemigranten) war eine im November 1952 in München durch das US-amerikanische Office of Policy Coordination (OPC) gegründete russische Exilgruppe. Die ZOPE unterhielt enge Kontakte zum NTS, zu den Ostbüros der westdeutschen Parteien und zur Vereinigung politischer Ostflüchtlinge (VPO). Hauptaktivität der ZOPE, die u. a. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen finanziert wurde, war die Verbreitung von Flugblättern, die mittels Ballons in die DDR geschickt wurden. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 331–334.

14

Der Narodno-Trudowoj Sojus (NTS), deutsch: Volksarbeitsbund, war eine seit 1930 bestehende russische Emigrantenorganisation, deren »geschlossener Sektor« streng konspirativ organisiert gegen die Sowjetunion arbeitete. Dabei ging es vor allem um die Verbreitung von antikommunistischem Propagandamaterial. Zur Zielgruppe dieser Aktivitäten gehörten in der SBZ/DDR vor allem die Angehörigen der sowjetischen Truppen. Ab Ende der 1940er-Jahre wurde der NTS insbesondere von US-amerikanischen Geheimdienststellen unterstützt und angeleitet, von den sowjetischen Sicherheitsorganen und unter deren Federführung auch vom MfS wurde er vehement bekämpft. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus: Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 318–331.

15

Im Original: »Goodspend«. Donald James Goodspeed, Jg. 1919, kanadischer Militärgeschichtler.

16

In dem erwähnten Artikel beleuchtet Goodspeed, vor dem Hintergrund des gescheiterten Volksaufstandes in Ungarn im Oktober 1956 und der Frage nach seiner Führung, drei Formen eine Regierung zu stürzen: Revolution, Bürgerkrieg und Staatsstreich, wobei er den Staatsstreich besonders ausführlich behandelt. Vgl. Goodspeed, Donald James: The Secret Army. In: Allgemeine Militärrundschau, Heft 8/1957, S. 323–340.

17

Hier wird Bezug genommen auf die Volksaufstände 1956 in Ungarn und Polen. Der Volksaufstand in Ungarn begann am 23.10.1956 mit Demonstrationen in Budapest, die sich in den folgenden Tagen auf das ganze Land ausweiteten. Bereits am Abend des 23.10. bat Parteichef Ernő Gerő die sowjetische Armee um Hilfe. Am 24.10. wurde die Forderung der Demonstranten nach der Berufung des reformorientierten Kommunisten Imre Nagy zum Ministerpräsidenten erfüllt, am 25.10. wurde Parteichef Gerő durch Janos Kádár ersetzt. Zeitgleich kam es zu Angriffen auf die Demonstranten, bei denen etwa 200 Personen getötet wurden. In Polen entwickelte sich im Juni 1956 ein Arbeiterstreik in Posen zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung von Demonstranten mit der polnischen Armee. Der Aufstand wurde niedergeschlagen, doch die innenpolitische Situation in Polen blieb instabil und in der Bevölkerung zeigte sich eine zunehmend antisowjetische Stimmung. Um die Situation zu beruhigen, setzte der reformorientierte Flügel der PVAP eine Umbildung der Parteiführung durch; am 21.10. wurde der 1948 abgesetzte und 1951 inhaftierte ehemalige Parteichef Władysław Gomułka zum Ersten Sekretär der PVAP gewählt, während die Vertreter des stalinistischen Flügels nicht mehr ins Politbüro gewählt wurden. Vgl. dazu Varga, László: Der Fall Ungarn. Revolution, Intervention, Kádárismus. In: Engelmann, Roger; Großbölting, Thomas; Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen 2008, S. 127–136; Kramer, Mark: Soviet-Polish Relations and the Crises of 1956. Brinkmanship and Intra-Bloc Politics. In ebenda, S. 61–126, hier 89–124.

18

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen wurde 1949 gegründet und 1969 im Zuge der neuen Ostpolitik der Bundesregierung in Bundesministerium für innerdeutsche Angelegenheiten umbenannt. Alle diplomatischen Kontakte zwischen der Bundesrepublik Deutschland

und der DDR lagen formal im Zuständigkeitsbereich dieses Ministeriums, nicht des Auswärtigen Amtes. Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen war von 1957–62 Ernst Lemmer. Deshalb wurde es damals auch »Lemmer-Ministerium« genannt.

19

Ernst Lemmer, Jg. 1898, CDU-Politiker, bis Dezember 1947 2. Vorsitzender der Ost-CDU, dann von der Sowjetischen Militäradministration seines Amtes enthoben und Flucht in den Westen, 1950–56 stellv. Berliner Landesvorsitzender, 1956/57 Bundespostminister und 1957–62 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen.

20

Herbert Wehner, Jg. 1906, Politiker, KPD (bis 1942), SPD (ab 1946), 1949–66 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen, 1964–66 stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

21

Auf dem Parteitag der SPD, der vom 18. bis 23.5.1958 in Stuttgart stattfand, hielt Herbert Wehner zusammen mit Fritz Erler unter dem Tagesordnungspunkt »Gegenwartsprobleme sozialdemokratischer Politik« einen Vortrag über »Außen- und Wehrpolitik im geteilten Deutschland«.

22

Das Ostbüro der SPD wurde 1946 zur Unterstützung der von der Zwangsvereinigung betroffenen ostdeutschen Sozialdemokraten gegründet. Zu seinen Aufgaben gehörten Flüchtlingsbetreuung, Informationsbeschaffung und das Einschleusen von Informations- und Propagandamaterialien in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

23

Stephan G. Thomas (eigentlich Stephan Grzeskowiak), Jg. 1910, Journalist, seit 1930 SPD-Mitglied, 1948–66 Leiter des SPD-Ostbüros, 1968–75 Chefredakteur und Programmdirektor der Hauptabteilung Aktuelles Programm des Deutschlandfunks.

24

Im Original: »Aschenbach«. Ernst Achenbach, Jg. 1909, FDP-Politiker, 1957–76 MdB, 1961–65 dort Leiter des Arbeitskreises Außenpolitik und Verteidigung.

25

Willi Daume, Jg. 1913, Unternehmer, Sportler (Basketball und Handball) und Sportfunktionär, 1950–70 Präsident des Deutschen Sportbundes, 1962–92 Präsident des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland.

26

Der Deutsche Bundesjugendring, gegründet im Oktober 1949 in Altenberg, ist eine Arbeitsgemeinschaft deutscher Jugendverbände, der mehr als 50 Mitgliedsorganisationen angehören. Der Bundesjugendring sieht seine Aufgabe in der Vertretung der Interessen der Jugendlichen gegenüber Parlament, Regierung und europäischen Institutionen.

27

Der Ring Politischer Jugend ist ein Zusammenschluss parteipolitischer Jugendverbände der Bundesrepublik zur Förderung der politischen Bildung.

28

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund »SDS« war ein 1946 gegründeter politischer Studentenverband in der Bundesrepublik, der bis 1961 der SPD nahestand. Seit Mitte der 1960er-Jahre bildete er eine der wichtigsten Organisationen der außerparlamentarischen Opposition. Er zerfiel 1970.

29

Wolfgang Büsch, Jg. 1929, Jurist und SPD-Politiker, 1957–58 Vorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, 1958–71 Mandat im Abgeordnetenhaus Berlin, 1967 Senator für Inneres in Berlin, im gleichen Jahr Rücktritt im Zusammenhang mit dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg.

30

Willy Brandt, Jg. 1913, SPD-Politiker, 1955–57 Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, 1957–66 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1966–69 Bundesaußenminister, 1969–74 Bundeskanzler, 1964–87 Bundesvorsitzender der SPD.

31

Im Original: »Holz«. Anneliese Girnatis-Holtz, Jg. 1921, DGB-Funktionärin, bis 1969 stellvertretende Vorsitzende des DGB Westberlin.

32

Ab 1953 gründeten Studenten an zahlreichen Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik Gewerkschaftliche Studentengemeinschaften (GSG). Ihre Mitglieder mussten nicht zwingend einer Gewerkschaft angehören. Die GSG wurden vom DGB finanziell unterstützt. In den 1960er-Jahren gerieten sie aber aufgrund ihrer Forderungen nach einer sozialistischen Orientierung mit dem DGB in Konflikt. Besonders prominent wurde die Auseinandersetzung der GSG mit dem DGB 1967/68 in Berlin. Vgl. Landesverband der Gewerkschaftlichen Studentengemeinschaft Berlin (Hg.): Berliner Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft contra Deutscher

Gewerkschaftsbund. Berlin 1968.

33

Werner Chrobock, Jg. 1917, 1949–52 Disponent bei der HO-Landesleitung in Brandenburg, 1952 wegen Wirtschaftsverbrechen verurteilt, anschließend Flucht nach Westberlin, dort Werbung durch den CIC, im November 1956 in der DDR verhaftet.

34

Friedrich Weihe, Jg. 1903, war SS-Obersturmbannführer im RSHA, 1949–56 Agent des US-Geheimdienstes CIC, ab Mitte 1957 beim BND.

35

Werner Chrobock und Friedrich Weihe wurden beschuldigt, DDR-Bürger zur Wirtschafts- und Militärspionage angeworben zu haben. Im September 1957, nicht wie hier angegeben im August 1957, wurde ihnen zusammen mit weiteren der Spionage beschuldigten Personen vor dem Obersten Gericht der DDR der Prozess gemacht. Chrobock wurde zu 15 Jahren und Weihe zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Vgl. Neue Zeit v. 18.9.1957, S. 1 u. 3; ND v. 18.9.1957, S. 2; ND v. 21.9.1957, S. 1.

36

Die Rockefeller-Stiftung ist eine von dem US-amerikanischen Unternehmer John D. Rockefeller gegründete und in New York beheimatete Stiftung. Sie fördert weltweit die öffentlichen Gesundheitswesen, den wissenschaftlichen Fortschritt und die Sozialforschung, setzt sich für eine Verbesserung der Nahrungsmittelproduktion ein und unterstützt Kunst, Kultur und viele andere Bereiche des öffentlichen Lebens.

37

Die Military Intelligence Division (MID) war die Nachrichtendienstabteilung der United States Army.

38

Der CIS (Communication Intelligence Service) war die Fernmeldeaufklärung des amerikanischen Geheimdienstes.

39

Hermann, weitere Angaben zur Person konnten nicht ermittelt werden. Möglicherweise handelt es sich um einen Decknamen.

40

Schnellämter existierten in einigen großen Städten Deutschlands und dem Ruhrgebiet zusätzlich zu den Fernämtern und sollten eine besonders schnelle Abwicklung von Ferngesprächen ermöglichen.

41

Anneliese Groscurth, Jg. 1910, Ärztin, gehörte zusammen mit ihrem Mann Georg Groscurth zu den Initiatoren der Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus »Europäische Union«, ab den 1950er-Jahren politisch motivierte Diffamierung durch die Westberliner Behörden aufgrund ihres Engagements gegen die Wiederbewaffnung, politische Rehabilitation erst posthum Ende der 1990er-Jahre.

42

Hermann Pohle, Jg. 1892, Zoologe, ab 1926–51 Leiter der Säugetierabteilung am Zoologischen Museum in Berlin, von den Nazis aufgrund systemkritischer Äußerungen zwischenzeitlich vom Dienst suspendiert, 1951 in der DDR verhaftet, weil er Bücher aus Museumsbeständen in den Westen transferiert hatte, nach Haftentlassung Übersiedlung nach Westberlin, dort Anstellung als Studienrat.

43

Heinrich Vockel, Jg. 1892, CDU-Politiker, nach 1945 Gründungsmitglied der Berliner CDU, 1949 Gründungsmitglied der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin, 1950–62 erster Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin.

44

Kurt Leopold, Jg. 1900, Verwaltungsbeamter, 1953–64 Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, die mit den Vollmachten von Bundesregierung und Berliner Senat (als »Währungsgebiet DM-West«) die handelspolitischen Verhandlungen mit der DDR (als »Währungsgebiet DM-Ost«) führte.

45

Auf dem V. Parteitag der SED (10.–16.7.1958) wurde ein äußerst ambitioniertes Wirtschaftsprogramm beschlossen, dessen Ergebnisse die Überlegenheit des sozialistischen über das kapitalistische Wirtschaftssystem beweisen sollten.

46

Im September 1951 gingen die 1949 gegründete Gesellschaft »Deutscher Außenhandel, Anstalt des öffentlichen Rechts« (DAHA) mit den drei Fachabteilungen Holz, Metall, Maschinen- und Elektrotechnik und die »Gesellschaft für Innerdeutschen Handel« (GIH) auf Beschluss des Ministerrates der DDR in den 18 branchenspezifischen »Volkseigenen Handelsunternehmen Deutscher Innen- und Außenhandel« (VEH DIA) auf. Dem VEH DIA wurde die Abwicklung aller Außenhandelsgeschäfte übertragen und damit faktisch ein staatliches Außenhandelsmonopol errichtet, das Anfang 1958 mit dem Gesetz über den Außenhandel der DDR juristisch untermauert wurde. Vgl. Steiner, André (Hg.): Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte? Zeittafel zur DDR-Wirtschaftsgeschichte. Berlin 2006, S. 145–186; Fäßler, Peter E.: Durch den »Eisernen Vorhang«. Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen 1949–1969. Köln, Weimar, Wien 2006, S. 81 f.

47

Richard Zibat, Jg. 1910, Buchprüfer und Steuerberater, November 1953 bis zu seiner Verhaftung im September 1955 Hauptabteilungsleiter der

Hauptabteilung kaufmännische Angelegenheiten im Ministerium für Schwerindustrie, Verurteilung im Juni 1956 wegen Spionage gem. Art. 6 der Verfassung der DDR zu lebenslangem Zuchthaus.

48

Otto Hohmuth, Jg. 1910, Textilingenieur, 1950–56 Hauptreferent in der Abt. Veredlung der Hauptverwaltung Textil im Ministerium für Leichtindustrie, Verurteilung vor dem 1. Strafsenat des Bezirksgerichtes Karl-Marx-Stadt zu acht Jahren Zuchthaus wegen Kriegs- und Boykotthetze in Form von Spionage.

49

Die CIBA AG – ein Chemieunternehmen mit Sitz in Basel – hat ihren Ursprung in einer 1959 gegründeten Teerfarbenfabrik. Die Produktpalette des Unternehmens wurde kontinuierlich ausgeweitet und umfasste in den 1950er-Jahren vor allem die Herstellung von Pharmaprodukten, Farben und agrochemischen Erzeugnissen. 1970 schloss sich das Unternehmen mit dem Pharma-Unternehmen Geigy zum Konzern Ciba-Geigy zusammen.

50

Klaus Karp, Jg. 1933, Werkzeugmacher, wurde vorgeworfen, Spezialröhren und Material über die Entwicklung dieser Röhren aus dem VEB Werk für Fernmeldewesen in Berlin-Oberschöneweide an Radiohändler in Westberlin, die mit dem amerikanischen Geheimdienst CIC in Verbindung standen, zur eigenen Bereicherung und zu Spionagezwecken verkauft zu haben sowie auf diesem Wege als Agent vom CIC angeworben worden zu sein, Prozess vor dem I. Strafsenat des Stadtgerichtes Berlin im November 1954, Verurteilung zu zehn Jahren Zuchthaus. Vgl. ND und Neue Zeit v. 24.8.1954.

51

Karl-Heinz Hintzmann, Jg. 1930, Laborant, arbeitete in der Röhren-Entwicklungsabteilung des VEB Werk für Fernmeldewesen in Berlin-Oberschöneweide und soll zusammen mit Klaus Karp Spezialröhren für den Bau von Radios an Westberliner Radiohändler verkauft haben, die diese an den amerikanischen Geheimdienst CIC weitergaben sowie mit Agenten des CIC zusammengearbeitet haben, Prozess vor dem I. Strafsenat des Stadtgerichtes Berlin im November 1954, Verurteilung zu neun Jahren Zuchthaus. Vgl. ND v. 24.8.1959, S. 3.

52

Siegfried Kurzhals, Jg. 1931, Techniker, arbeitete im VEB Werk für Fernmeldewesen in Berlin-Oberschöneweide. Ihm wurde vorgeworfen, zahlreiche Spezialröhren unterschiedlichen Typs aus der Fertigung dieses Werkes zur eigenen Bereicherung vornehmlich an Westberliner Radiohändler verkauft zu haben. Er wurde verhaftet und im November 1954 in einem Prozess (zusammen mit Hintzmann und Karp) vor dem I. Strafsenat des Stadtgerichtes Berlin zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Vgl. Berliner Zeitung v. 24.8.1954, S. 3.

53

Rudolf Stricker, Jg. 1905, Landschaftsgärtner, wurde beschuldigt, im Auftrag eines US-amerikanischen Geheimdienstes Agenten, die Aufträge in der Tschechoslowakei und Polen zu erfüllen hatten, an die Grenze des jeweiligen Landes zu bringen. Stricker wurde im November 1956 vom Bezirksgericht Dresden zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Vgl. ND v. 17.11.1956, S. 2.

54

Jan Kubanka, Jg. 1927, wurde vorgeworfen, zusammen mit seiner Frau Spionageaufträge des CIC in der ČSR durchzuführen. Das hier dargestellte Ereignis wurde auch in dieser Form in der DDR-Presse beschrieben. Kubanka wurde vom Bezirksgericht Karl-Marx-Stadt der Spionage und des Mordes angeklagt und zum Tode verurteilt. Seine Frau musste fünf Jahre ins Gefängnis. Vgl. Neue Zeit v. 24.6.1955, S. 2.

55

Benedykt Szuminski, Jg. 1924, Buchhalter, wurde vorgeworfen, seit 1953 in Polen im Auftrag des CIC eine Spionagegruppe gründen zu wollen sowie Militärspionage zu betreiben. Seine Aufträge konnte er angeblich aufgrund der Verhaftung durch die Staatssicherheit der DDR nicht erfüllen. Szuminski wurde im Juni 1955 vom Obersten Gericht der DDR zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Vgl. ND v. 12.6.1955, S. 2, Neue Zeit v. 14.6.1955, S. 1.

56

Max Plasa, Jg. 1925, Gelegenheitsarbeiter, wurde angeklagt, für den CIC in Polen Militärspionage zu betreiben. Er wurde im November 1956 vom Bezirksgericht Dresden zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Vgl. ND v. 17.11.1956, S. 2.

57

Wahrscheinlich handelt es sich hier um den in Westberlin lebenden Walter Fischer, der laut DDR-Berichterstattung für den MID gearbeitet haben soll. Vgl. Berliner Zeitung v. 11.7.1956, S. 5, sowie Böhm, Peter; Hesse, Horst: »For eyes only«: Die wahre Geschichte des Agenten Horst Hesse. Berlin 2016, S. 88. Weitere Angaben zur Person Fischers konnten nicht ermittelt werden.

58

Der SIS (Secret Intelligence Service, besser bekannt als MI6: Military Intelligence, Section 6) ist der britische Auslandsgeheimdienst.

59

Hermann Wache, Jg. 1911, hauptamtlicher Mitarbeiter des MID in Westberlin. Die hier beschriebenen Tätigkeiten Waches wurden in gleicher Weise in der DDR-Presse veröffentlicht. Das Bezirksgericht Frankfurt/O. verurteilte Wache dafür im März 1957 zu 15 Jahren Zuchthaus. Vgl. ND v. 12.3.1957, S. 2.

60

Im Original: »Detachment«.

61

Herbert Steinborn, Jg. 1926, Resident des MID in Westberlin, war Angehöriger der SS-Leibstandarte Adolf Hitlers und nach 1945 ein bedeutender V-Mann-Führer in der Organisation Gehlen, der in Westberlin Agenten für die Organisation warb. Gleichzeitig soll er in gleicher Weise für den MID gearbeitet haben. In den 1960er-Jahren leitete er zusammen mit Hans Gehrman, Jg. 1927, eine kommerzielle Fluchthilfegruppe. Vgl. Mader, Julius: Die graue Hand. Eine Abrechnung mit dem Bonner Geheimdienst. Berlin o. J., S. 182; Detjen, Marion: Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961–1989. Berlin 2005, S. 122, 270 u. 288.

62

Im Original: »Kaffee«.

63

Wolfgang Klosa, Jg. 1930, ohne erlernten Beruf, Verurteilung im Juli 1952 vor dem Landgericht Greifswald gem. Art. 6 der Verfassung der DDR (»Boykotthetze«) zu vier Jahren Freiheitsstrafe, 1955 entlassen, 1956 vom MfS verhaftet, das ihm vorwarf, »Schlepper« zu beschäftigen, die jugendliche DDR-Bürger als Spitzel werben sollten, Verurteilung zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe in einem Prozess im April 1957 vor dem Bezirksgericht Potsdam. Vgl. ND v. 14.7.1956, S. 2 und ND v. 21.4.1957, S. 2.

64

Oskar Voigt, Jg. 1920, Kraftfahrer, wurde im Oktober 1956 vom Bezirksgericht Potsdam zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt. Ihm wurde zur Last gelegt, als »Schlepper« für den Agenten des MID Wolfgang Klosa jugendliche DDR-Bürger als Spitzel angeworben zu haben. Vgl. Neue Zeit v. 18.10.1956, S. 6.

65

Alwin Klug, Jg. 1925, weitere Angaben zur Person konnten nicht ermittelt werden.

66

Günter Gutzmerow, Jg. 1937, ohne Ausbildung, wurde vorgeworfen, dem amerikanischen Geheimdienst Spionagematerial über den VEB Bergmann-Borsig übergeben zu haben, Verurteilung im März 1958 vor dem Bezirksgericht Schwerin wegen fortgesetzter Spionage zu fünf Jahren Zuchthaus. Vgl. ND v. 27.1.1959, S. 6.

67

Richard Müller, Jg. 1903, Chemiker, entwickelte 1941 fast zeitgleich mit dem US-amerikanischen Chemiker Eugene Rochow ein Verfahren zur technischen Herstellung von Methylchlorsilanen als Grundlage für die Silikonproduktion (»Müller-Rochow-Synthese«) und gilt deshalb als der »Vater der Silikone«, 1952 Leiter des VEB Silikon-Chemie Nünchritz, 1953 wissenschaftlicher Leiter des VEB Chemische Fabrik von Heyden (später VEB Chemische Werke Radebeul), 1954 Berufung zum nebenamtlichen Professor für Silikon- und Flourcarbonchemie der TH Dresden, 1961–68 Direktor des wissenschaftlich-technischen Zentrums für Silikon- und Flourcarbonchemie Radebeul.

68

Der VEB Silikon-Chemie befand sich in Nünchritz und war ein ausgegliedertes Zweigwerk des VEB Chemische Fabrik von Heyden, ab 1958 VEB Chemische Werke Radebeul, die 1961 in den VEB Arzneimittelwerk Dresden eingegliedert wurden.

69

Erich Taubert, Jg. 1920, Studiendirektor der Arbeit-und-Bauern-Fakultät an der Hochschule für Architektur in Weimar.

70

Fédération Internationale des Communautés Educatives (FICE), gegründet 1948 in Trogen (Schweiz) unter der Schirmherrschaft der UNESCO, ist ein internationales Netzwerk für Menschen und Organisationen, die im Bereich der außerfamiliären Erziehung arbeiten.

71

Günter Nollau, Jg. 1911, Jurist, nach Kriegsende Rechtsanwalt in Dresden, 1950 Flucht nach Westberlin, dort Anschluss an den UfJ, im September 1950 Eintritt in das neugegründete Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln, 1962 dessen Vizepräsident, 1972–75 Präsident des BfV.

72

Franz Müllenmeister, Jg. 1894, Jurist, 1950–54 Regierungsdirektor und Leitender Regierungsdirektor beim Bundesamt für Verfassungsschutz, 1954 Abordnung zum Statistischen Bundesamt. Müllenmeister war 1957–58 Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes und nicht des Bundeskriminalamtes. Im Prozess gegen den ehemaligen Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz Otto John sagte Müllenmeister am 14.6.1955 als Zeuge aus. Vgl. Deutscher Bundestag, 2. Wahlperiode 1953, Drucksache 3728: Schriftlicher Bericht des 1. Untersuchungsausschusses, Untersuchung des Falles John.

73

Otto August Walter John, Jg. 1909, Jurist, Widerstandskämpfer des »20. Juli«, 1950–54 erster Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz. Sein bis heute nicht vollständig aufgeklärtes Verschwinden in die DDR vom Juli 1954 verursachte einen der größten politischen Skandale in der frühen Bundesrepublik.

74

Otto John hielt sich am 20.7.1954 anlässlich einer Gedenkfeier zum zehnten Jahrestag des Attentats auf Hitler in Westberlin auf, verschwand von dort auf bis heute nicht vollständig geklärte Weise und tauchte in Ostberlin wieder auf. Er hielt sich 17 Monate in der DDR auf, stand unter ständiger Bewachung des MfS, wurde mehrfach in Moskau vom KGB verhört und von der DDR-Führung für deren politische Propaganda genutzt. Im Dezember 1955 gelang John mithilfe eines dänischen Journalisten die Flucht zurück in die Bundesrepublik. Am 12.11.1956 begann ein mehrwöchiger Prozess gegen John vor dem Bundesgerichtshof, der mit einer Verurteilung Johns zu vier Jahren Zuchthaus endete. 1958 begnadigte ihn Bundespräsident Theodor Heuss. Vgl. u. a. Goschler, Constantin; Wala, Michael: »Keine neue Gestapo«. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit. Reinbek bei Hamburg 2015, S. 141–160; Stöver, Bernd: Der Fall Otto John. In: Bauerkämper, Arnd (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998, S. 312–327; Gieseck, Erik: Otto John. In: Groenewold, Kurt; Ignor, Alexander; Koch, Arnd (Hg.): Lexikon der politischen Strafprozesse, online abrufbar unter: https://www.lexikon-der-politischen-strafprozesse.de/wp-content/uploads/2017/12/Otto_John-2017-12-01-1.pdf (letzter Abruf: 25.11.2020).

75

Der Name ist hier und im Folgenden in Anführungszeichen gesetzt. Das weist darauf hin, dass es sich auch um den Decknamen des Mitarbeiters des BAVS handeln könnte. Dies ist aber unklar, da dieser Name bei seiner ersten Nennung als Klarnamen erscheint.

76

Möglicherweise wurden hier zwei Berichte unabsichtlich miteinander vermischt. Der Wechsel vom »sie« zum »er« ergibt ansonsten keinen Sinn.

77

Gerhard Benkowitz, Jg. 1923, Lehrer, Widerstandskämpfer in der KGU, 1951–54 Lehrer und stellv. Schulleiter in Weimar, 1949 Kontaktaufnahme zur KGU in Westberlin, Herbst 1950 Bildung einer illegalen Widerstandsgruppe, 1950–52 Vorbereitung von Sabotagemaßnahmen und Sprengungen, die nicht ausgeführt wurden, 1952 Abkehr von militanter Strategie und Orientierung auf Verteilung von Flugblättern u. ä., April 1955 Festnahme, 22./23.6.1955 Schauprozess vor dem Obersten Gericht, der mit Verurteilung zum Tode endete. Vgl. Finn, Gerhard: Nichtstun ist Mord. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit – KGU. Berlin, Bonn 2000. S. 136–156.

78

»Bährmann« war neben »Leeder« der Deckname des leitenden Mitglieds der KGU Gerd Baitz, Jg. 1923, ohne Ausbildung, 1951–58 Leiter der Abt. VII der KGU (Operativabteilung, bis Frühjahr 1953 Abteilung II »Flüchtlingsbetreuung und Widerstand«), die mit Aufgaben hinsichtlich »Ostpropaganda«, »Widerstand« und Spionage betraut war. Zuvor war Baitz Leiter der amerikanischen GCIS-Polizei (German Criminal Investigation Section) in Westberlin gewesen. Vgl. Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KGU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln, Weimar, Wien 2015, S. 69 und 123. Die hier angegebenen Decknamen für Baitz sind falsch.

79

Hans-Dietrich Kogel, Jg. 1925, Sachbearbeiter für Planung und Statistik, war angestellt beim Rat der Stadt Weimar, als Mitglied der KGU im politischen Widerstand gegen die DDR-Führung (Verteilen von Flugblättern, Sammlung von Informationen, Versenden von Drohbrieffen an DDR-Funktionäre), Verhaftung zusammen mit Gerhard Benkowitz im April 1955 und Verurteilung zum Tode im Schauprozess am 22./23.6.1955.

80

Willibald Schuster, Jg. 1928, Fahrdienstleiter bei der Deutschen Reichsbahn, seit 1951 Mitglied der KGU, ihm wurde unterstellt, Sprengungen an einer Eisenbahnstrecke vorbereitet zu haben, Verhaftung zeitgleich mit Benkowitz und Kogel und im Schauprozess am 22./23.6.1955 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Vgl. Finn, Gerhard: Nichtstun ist Mord. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit – KGU. Berlin, Bonn 2000, S. 136–156; Berliner Zeitung v. 22.6.1955, S. 2; Neue Zeit v. 24.6.1955, S. 2.

81

Rupprecht Wagner, Jg. 1918, KGU-Mitarbeiter, bis Mai 1955 für Thüringen zuständiger Gebietsleiter der KGU, lief im September 1955 zum MfS über. Während in der westdeutschen Presse zunächst über eine Entführung durch das MfS spekuliert wurde, wurde die Übersiedlung in den ostdeutschen Medien nach einer Pressekonferenz Wagners als Gewissensentscheidung und freiwillige Selbstausslieferung an das MfS inszeniert. Vgl. ND v. 9.10.1955, S. 2.; auch: Merz, Kai-Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987, S. 209–213; Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KGU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln, Weimar, Wien 2015, S. 429–433.

82

Lanke ist ein Ortsteil der Gemeinde Wandlitz und gehörte somit zum Bezirk Frankfurt/O. (nicht Potsdam).

83

Gemeint ist das Sägewerk Albert Petschick in Walddrehna.

84

Gerhard Bruhn, Jg. 1913, 1951–57 Mitarbeiter der KGU und dort Sachgebietsleiter für Mecklenburg sowie V-Mann-Führer, arbeitete unter den Decknamen »Stark« und »Schulze«. Vgl. Finn, Gerhard: Nichtstun ist Mord. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit – KGU. Berlin, Bonn 2000, S. 93. Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KGU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln,

85

Im Original: »Gulich«. Johannes Gulich, Jg. 1927, war Erster Kreissekretär der DBD in Waren/Müritz gewesen, bevor er 1956 in den Westen flüchtete, 1956–57 Mitarbeiter der KgU, und dort ab Sommer 1956 Sachgebietsleiter für Mecklenburg (Nachfolger von Gerhard Bruhn), 1957 scheiterte der Versuch des MfS, Gulich in die DDR zu entführen, was aber Gulichs Entlassung aus der KgU zur Folge hatte. Vgl. Finn, Gerhard: Nichtstun ist Mord. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit – KgU. Berlin, Bonn 2000, S. 90; Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln, Weimar, Wien 2015, S. 436–438.

86

Paul Wieckert, Jg. 1896, weitere Angaben zur Person konnten nicht ermittelt werden.

87

Der VEB Lokomotivbau Elektrotechnische Werke »Hans Beimler« Hennigsdorf (LEW) war alleiniger Hersteller von Elektrolokomotiven in der DDR, produzierte aber auch Dampf- und Diesellokomotiven sowie Triebwagen, u. a. für die Berliner S- und U-Bahn, in den 1980er-Jahren auch elektrische Haushaltsgeräte.

88

Vermutlich ist hier der Mitarbeiter des UfJ Kalinowski gemeint, der unter dem Decknamen »Olbrich« agierte. Vgl. ND v. 1.10.1958, S. 3.

89

VEB Stahl- und Walzwerk »Wilhelm Florin« Hennigsdorf, großer Stahlproduzent in der DDR, ab 1970 Stammbetrieb des VEB Qualitäts- und Edelstahl-Kombinat.

90

Erwin Neumann (alias »Dr. Berger«), Jg. 1912, Jurist, leitete von 1952–58 die Abteilung Wirtschaft im UfJ, wurde am 20.8.1958 während einer Segeltour auf dem Wannsee vom MfS in die DDR entführt und in das Untersuchungsgefängnis nach Berlin-Hohenschönhausen gebracht. Nach seiner Weigerung, den UfJ in einer Erklärung der Spionage zu bezichtigen, wurde er am 14.11.1959 vom Bezirksgericht Frankfurt/O. wegen Spionage zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt, verstarb nach jahrelanger Isolationshaft in Hohenschönhausen 1967 nach offiziellen Angaben an Herzversagen. Vgl. Mampel, Siegfried: Der Untergrundkampf des Ministeriums für Staatssicherheit gegen den Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen in West-Berlin. 4. Neubearb. u. erw. Aufl. Berlin 1999.

91

Herbert Ritschel, Jg. 1931, Maler, Angestellter bei der Deutschen Reichsbahn, Verurteilung im Juni 1958 vor dem Bezirksgericht Erfurt wegen Spionage zu elf Jahren Zuchthaus.

92

Das Ostbüro der SPD wurde 1946 zur Unterstützung der von der Zwangsvereinigung betroffenen ostdeutschen Sozialdemokraten gegründet. Zu seinen Aufgaben gehörten Flüchtlingsbetreuung, Informationsbeschaffung und das Einschleusen von Informations- und Propagandamaterialien in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

93

Hermann Saudhof, Jg. 1884, Werkzeugmacher, Rentner, Verurteilung im Juli 1957 vor dem Bezirksgericht Potsdam gem. Art. 6 der Verfassung der DDR (Boykotthetze) zu zwei Jahren Zuchthaus, im März 1958 in der Strafvollzugsanstalt Magdeburg verstorben.

94

Ella Kay, Jg. 1895, Widerstandskämpferin gegen das NS-Regime und SPD-Kommunalpolitikerin in Berlin, 1955–62 Senatorin für Jugend und Sport, 1958–68 Mitglied des Westberliner Abgeordnetenhauses.

95

Der VEB Lokomotivbau »Karl Marx« Potsdam-Babelsberg war bis Mitte der 1970er-Jahre Hersteller von Diesellokomotiven. Später konzentrierte sich das Werk als VEB Maschinenbau »Karl Marx« Babelsberg auf die Produktion von Autokranen.

96

Heinz Putzrath, Jg. 1916, Widerstandskämpfer und SPD-Politiker, 1946 Rückkehr aus dem Exil in Großbritannien, Auslandsreferent des SPD-Vorstandes in Hannover, ab 1951 in Bonn, Mitwirkung an der Wiedegründung der Sozialistischen Internationale.

97

Erich Ollenhauer, Jg. 1901, SPD-Politiker, 1952–63 Bundesvorsitzender der SPD und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Ollenhauer kehrte 1946 aus dem britischen Exil zurück und wurde bereits bei der ersten Bundestagswahl 1949 in den Bundestag gewählt und dort stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion. Zu den Bundestagswahlen 1953 und 1957 trat Ollenhauer als Spitzenkandidat an. Kurz vor seinem Tod im Jahr 1963 wurde er zum Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale gewählt.

98

Im Original: »Merker«. Rudolf Maerker, Jg. 1927, Journalist und Politiker, 1945 KPD, 1952 Flucht nach Westberlin, SPD, Mitarbeiter im Ostbüro der SPD bis zu seiner Übersiedlung nach Bonn, 1967–86 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Bonn, ab 1968 als IM der HV A

registriert.

99

Kurt Eckmann, Jg. 1905, Lagerist, 1951–52 Heimleiter des Gewerkschaftsjugendheims des DGB (Wannsee), 1954–57 Flüchtlingsbetreuungsstelle »Ost-Berlin«.

100

Eberhard Zachmann, Jg. 1912, 1952–63 stellvertretender Leiter der Berliner Zweigstelle des SPD-Ostbüros, später Leiter des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz.

101

Alfred Weber, Jg. 1907, 1952–61 Leiter der Berliner Zweigstelle des SPD-Ostbüros, Deckname »Peter Wandel«.

102

Überschritt in einem Bundesland die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge und Vertriebenen die Kapazitäten in den eingerichteten Lagern, nahm es im benachbarten Bundesland sogenannte Gastlager in Anspruch. Vgl. Beer, Mathias: Die deutsche Nachkriegszeit als Lagergeschichte. Zur Funktion von Flüchtlingslagern im Prozess der Eingliederung. In: Bispinck, Henrik; Hochmuth, Katharina (Hg.): Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland. Migration, Politik, Erinnerung. Berlin 2014, S. 47–71.

103

Parteiahe Stiftung für politische Bildung der SPD.

104

Carola Stern (eigentlich Erika Asmuß), Jg. 1925, Publizistin und Journalistin, ließ sich 1947 vom US-amerikanischen CIC werben und infiltrierte die FDJ, trat in die SED ein und wurde Dozentin an der SED-Parteihochschule »Karl Marx«, 1951 Flucht nach Westberlin, ab 1952 Studium an der Deutschen Hochschule für Politik und an der FU Berlin, während dieser Zeit zwei Entführungsversuche durch das MfS, Arbeit als Autorin, außerdem ab 1960 Lektorin im Verlag Kiepenheuer & Witsch in Köln, u. a. Radioredakteurin beim WDR, Mitbegründerin und Vorsitzende der deutschen Sektion von Amnesty International und Mitherausgeberin der Zeitschrift »L'76«.

105

Konstantin Pritzel, Jg. 1913, 1948–51 SED-Mitglied und Funktionär im DDR-Gesundheitswesen, nach Entlassung und Parteiausschluss im Herbst 1951 Übersiedlung nach Westberlin, bis 1962 Leiter des SPD-Ostbüros in Westberlin, Deckname »Dr. Reinhardt«.

106

Martin Bitterlich, Jg. 1913, Motorenbauer, Verurteilung im Mai 1957 vor dem Bezirksgericht Dresden aufgrund seiner Verbindung zum Ostbüro der SPD (Deckname »Süss«) gem. Art. 6 der Verfassung der DDR (Boykotthetze) zu zwölf Jahren Zuchthaus.

107

VEB Schwermaschinenbau »Karl Liebknecht« Magdeburg/Salbke. Das Werk produzierte in den 1950er-Jahren Dieselmotoren für den Schiffsantrieb, Dampfmaschinen und Lokomobile, nach Beendigung der Dampfmaschinen- und Lokomobilherstellung hauptsächlich Dieselmotoren, Dieselelektrostationen zur Stromerzeugung auf Schiffen und im militärischen Bereich. In den 1960er-Jahren wurde der Industrieanlagenbau zum wichtigen Schwerpunkt.

108

Im Original: »Nicoleit«. Klaus-Hermann Nikoleit, Jg. 1939, Diplompädagoge, Verurteilung im Juli 1957 vor dem Bezirksgericht Potsdam wegen Spionage gemäß Art. 6 der Verfassung der DDR zu zwei Jahren Zuchthaus.

109

Die »Aktionsgemeinschaft Freie Jugend Mitteldeutschland« war eine Initiative des Ostbüros der SPD und der Westberliner SPD, die in den 1950er-Jahren Jugendliche in Ostdeutschland mit kritischen Informationen über die DDR in Zeitungen und Rundfunksendungen erreichen wollten.

110

Die »Freie Junge Welt« war eine Zeitung, die von der Aktionsgemeinschaft der Freien Deutschen Jugend in Westberlin, einer Zweigstelle des SPD-Ostbüros herausgegeben wurde. Sie erschien von 1953 bis 1957. Der Titel spielte auf die FDJ-Tageszeitung »Junge Welt« an.

111

Die Ostbüros der Parteien, bes. das Ostbüro der SPD, imitierten viele der in der DDR erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften zu ihren Propagandazwecken. Möglicherweise handelt es sich bei der hier genannten Zeitschrift um ein äußerliches Imitat der Theoriezeitschrift der FDJ »Junge Generation«, die vom Zentralrat der FDJ in der DDR herausgegeben wurde.

112

Das Ostbüro der SPD publizierte zwischen 1954 und 1959 die Publikationsreihe »Einheit«. Sie erschien in fast identischer Aufmachung wie die gleichnamige Theoriezeitschrift der SED, aber fast immer mit dem Hinweis auf das SPD-Ostbüro als Herausgeber und nur vereinzelt in Tarnumschlägen, die die wahre Herausgeberschaft verschleierten. Die Zeitschrift erschien im angegebenen Zeitraum mehr als 50 Mal in einer Auflage von etwa 10 000 Exemplaren pro Heft. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2006, S. 123 f.

113

Die »Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken« (SJD – Die Falken) sind ein 1904 gegründeter politischer Kinder- und Jugendverband, der der SPD nahesteht. In der Sowjetischen Besatzungszone erhielten die Falken keine Zulassung als Kinder- und Jugendverband. Sympathisanten wurden verfolgt. Vgl. Werkentin, Falco: Jugendopposition in den frühen Nachkriegsjahren Berlins. Die »Sozialistische Jugend Deutschlands – die Falken«. In: Horch und Guck, 18. Jg. Nr. 63 (1/2009), S. 62–65.

114

Im Mai 1951 gründete die SJD – Die Falken innerhalb ihres Verbandes das Referat Mitteldeutschland mit Sitz in Westberlin. Die Aufgaben dieses Referates bestanden in der Vorbereitung des Verbandes auf die erhoffte Wiedervereinigung, die Unterstützung oppositioneller Jugendlicher Mitteldeutschlands, Aufklärung über kommunistische Tarnorganisationen in der Bundesrepublik und Hilfe für jugendliche Flüchtlinge aus der DDR. Das Referat engagierte sich gemäß einem Grundsatz der Falken gegen die Wiederaufrüstung in Ost und West, organisierte Ost-West-Begegnungen und hielt zu 4 000 Jugendlichen in der DDR Kontakt. Das MfS ging mit Störmaßnahmen und mittels Einsatz von IM sowie in konzertierten Aktionen mit FDJ und DDR-Presse gegen die Arbeit des Referates vor. Nach einem Beschluss des Vorstandes der Falken wurde das Referat zum 31.3.1960 aufgelöst. Vgl. Werkentin, Falco (Hg.): Selbstbehauptung, Widerstand und Verfolgung: Die sozialistische Jugend Deutschlands – Die FALKEN in Berlin 1945 bis 1961, Ausstellungskatalog. Berlin 2008 (Schriftenreihe des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR; 28), S. 50–66.

115

Harry Ristock, Jg. 1928, SPD-Politiker, 1954–63 Landesvorsitzender der SAJ – Die Falken in Westberlin, 1965–71 Bezirksstadtrat für Volksbildung in Berlin-Charlottenburg.

116

Jürgen Dittner, Jg. 1934, Schlosser und Diplom-Sozialarbeiter, Studium der Erziehungswissenschaft, Soziologie und Psychologie, ab 1947 Mitglied der Falken, Funktionen auf vielen Organisationsebenen bis zum Bundesvorstand.

117

Vgl. Streng geheim! Das ist sehr zweifelhaft. In: Berliner Zeitung v. 23.5.1958, S. 5.

118

Vgl. Schmu und Schmus. In: Der Spiegel v. 10.6.1958, o. S. Es handelt sich um Ausgabe 24/58 (nicht 14/58).

119

Jürgen Gerull, Jg. 1929, SPD-Mitglied, wurde als Mitglied der Sozialistischen Jugend »Die Falken« 1949 in der DDR zu zweieinhalb Jahren in Haft verurteilt, 1951–60 Leitung des »Referates Mitteldeutschland« der »Falken« in Westberlin. Vgl. Werkentin, Falco: Selbstbehauptung, Widerstand und Verfolgung: »Die sozialistische Jugend Deutschlands – Die FALKEN« in Berlin 1945 bis 1961. Ausstellungskatalog. Berlin 2008 (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR; 28), S. 21.

120

Hier wird Bezug genommen auf den Volksaufstand vom 17. Juni 1953. In den Tagen um den 17. Juni 1953 kam es in Ostberlin und der DDR zu Demonstrationen und Streiks. Rund eine Million Menschen protestierten weitgehend friedlich gegen die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Die SED-Führung reagierte mit der Verhängung des Ausnahmezustandes und ließ den Aufstand mithilfe des sowjetischen Militärs niederschlagen. In der SED-Propaganda wurde dieses Ereignis als ein vom Westen geplanter Umsturzversuch (»faschistischer Putschversuch«) interpretiert

121

Das Ostbüro der CDU wurde 1948 von dem in den Westen geflohenen ehemaligen Vorsitzenden der Ost-CDU, Jakob Kaiser, ins Leben gerufen. Es widmete sich der Unterstützung von SED-kritischen Mitgliedern der Ost-CDU, der Informationsbeschaffung und der Einschleusung von Informations- und Propagandamaterial in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

122

Im Original: »Jacob«. Jakob Kaiser, Jg. 1888, CDU-Politiker, 1946/47 Erster Vorsitzender der Ost-CDU, nach Absetzung durch die SMAD im Dezember 1947 Übersiedlung in den Westen, 1949–57 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen.

123

Im Original: »Kuczinsky«. Josef Koschinski, Jg. 1909, Betriebsingenieur, begründete im August 1945 den CDU-Kreisverband Niederbarnim, 1950 Ausschluss aus der CDU und Flucht nach Westberlin, danach 1950 für den amerikanischen Geheimdienst und ab 1951 bis vermutlich 1953 für den französischen Geheimdienst tätig.

124

Johannes Müller, Jg. 1899, Finanzbuchhalter, Verhaftung am 9.3.1956 wegen seiner Kontakte zum Ostbüro der CDU, Verurteilung am 21.6.1956 wegen angeblicher Spionage zu neun Jahren Zuchthaus.

125

Kurt Brandenburg, Jg. 1917, Reichsbahninspektor, Kreissekretär der CDU in Bernau, 1955–62 inhaftiert.

126

Hans-Ulrich Klose, Jg. 1935, Jurist und CDU-Politiker, seit 1952 Mitglied der Ost-CDU, Verhaftung am 9.3.1956 wegen seiner Kontakte zum Ostbüro der CDU und Verurteilung am 21.6.1956 zu einem Jahr Zuchthaus, Entlassung im Dezember 1956 und Verlassen der DDR, später CDU-Politiker in Nordrhein-Westfalen.

127

Im Original: »Hermann«. Helge Herrmann, Jg. 1936, Theologe, Verhaftung am 9.3.1956 wegen seiner Kontakte zum Ostbüro der CDU, Einstellung des Verfahrens wegen Geringfügigkeit, verließ die DDR im Januar 1957. Vgl. Kaff, Brigitte; Kos, Franz-Josef (Bearb.): Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft. Eine biographische Dokumentation. Hg. v. Buchstab, Günter. Düsseldorf o. J. [1998], S. 178, 215 u. 361.

128

Die FDP unterhielt seit 1950 ein Ostbüro, das vom ehemaligen Thüringer LDP-Landesjugendreferenten Karl-Heinz Naase geleitet wurde und sich der Unterstützung von SED-kritischen Mitgliedern der LDPD, der Flüchtlingsbetreuung sowie der Informationsbeschaffung und Einschleusung von Informations- und Propagandamaterialien in die SBZ/DDR widmete. Das Ostbüro der FDP wurde zum 1.11.1956 auf Beschluss des Bundesvorstandes vom 28.9.1956 in Referat Wiedervereinigung umbenannt und weitgehend seiner Aufgaben beraubt. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

129

Hans Földner, Jg. 1921, Mitarbeiter im FDP-Ostbüro in Westberlin, LDPD-Mitglied in Erfurt, 1948 Flucht in die Bundesrepublik, dann Mitarbeiter beim »Hilfsdienst Ost« (aus dem sich das Ostbüro der FDP rekrutierte), organisierte Flugblattaktionen und war in der Flüchtlingsbetreuung tätig, Februar bis Oktober 1953 hauptamtlicher Sachbearbeiter im Ostbüro der FDP in Berlin, im Oktober 1953 vom MfS entführt, inhaftiert und in einem Schauprozess im Juni 1954 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde 1962 amnestiert.

130

Die United States Information Agency (USIA, auch bekannt als United States Information Service, USIS), der Informationsdienst der Vereinigten Staaten, wurde 1953 gegründet und war eine US-amerikanische Behörde mit Sitz in Washington, D.C. Ihr Auftrag war u. a. Aufklärung über die Politik der USA, Unterstützung des Dialogs zwischen amerikanischen Organisationen und den entsprechenden Stellen im Ausland sowie die Information der US-Regierung über Reaktionen und Meinungen zur US-Politik im Ausland. In Deutschland waren es zunächst Bibliotheken, die unter dem Titel »United States Information Center« und in der Organisationsform der »Amerika-Häuser« den Menschen die Geschichte der US-Amerikaner, ihre Traditionen und Gebräuche näherbringen sollten. In Verbindung mit der Vermittlung eines festen Demokratieverständnisses waren die »Amerika-Häuser« Bestandteil der Reeducations- und Neuorientierungspolitik der amerikanischen Besatzungsmacht in Deutschland.

131

Lewis Arthur Larson, Jg. 1910, US-amerikanischer Jurist und Rechtsprofessor, 1954–56 Staatssekretär für Arbeit, 1956–57 Direktor der United States Information Agency in Washington, 1957–58 oberster Redenschreiber Präsident Dwight D. Eisenhowers, später Rechtsprofessor an der Duke University in Durham/North Carolina.

132

Im Original: »John McHovan«. Vermutlich John E. McGowan, Jg. 1912, 1956–59 Attaché in der US-amerikanischen Botschaft in der Bundesrepublik.

133

Im Original: »Filden«. Bert S. Fielden, Jg. 1914, Captain der US-Armee, Zensurbeauftragter während und nach dem Zweiten Weltkrieg, 1946–48 Leiter der Presseabteilung der Informationskontrollabteilung der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, 1957–59 stellv. US-Direktor des RIAS.

134

Im Original: »Daltscher«. Laurence P. Dalcher, Jg. 1917, Major der US-Armee, nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligt an der Entnazifizierung des deutschen Verlagswesens, Chefredakteur der von der USIA herausgegebenen Schriften »Our Foreign Policy« und »Confuse and Control« sowie Analysen der sowjetischen Propaganda, 1957–59 US-Direktor des RIAS.

135

Im Original: »Müllerborg«. Roland Müllerburg, Jg. 1917, Diplom-Volkswirt, Studium der Rechts- und Staatswissenschaft, seit 1949 bei RIAS Berlin, dort 1950 Hauptabteilungsleiter Politik, 1953–54 und 1957–58 Korrespondent in Bonn, 1959 Chefredakteur der Politikabteilung, 1961 Politischer Direktor und 1969 Intendant des RIAS.

136

Im Original: »Lorenz Dulcher«.

137

Im Original: »Trembor«. Fred W. Trembour, Jg. 1913, Foreign Service Officer (Beamter im auswärtigen Dienst der USA) der United States Information Agency (Informationsagentur der Vereinigten Staaten), die u. a. den RIAS betrieb, Trembour war dort 2. Stellvertreter des

Direktors.

138

Das Nationalkomitee Freies Europa (engl. National Committee for a Free Europe) war eine 1949 in den USA gegründete antikommunistische Organisation, deren Ziel die Befreiung der unter sowjetischem Einfluss stehenden Länder Europas war. Das Komitee betrieb u. a. den Rundfunksender Radio Free Europe mit Sitz in München.

139

Unter dem Motto »Kreuzzug für die Freiheit« initiierte der frühere Militärgouverneur der US-amerikanischen Besatzungszone in Deutschland und Organisator der Berliner Luftbrücke Lucius D. Clay eine Spendenaktion des Nationalkomitees Freies Deutschland für die Berliner Freiheitsglocke, die am 21.10.1950 im Rathaus Schöneberg aufgehängt wurde. Aus dieser Initiative entstand die antikommunistische Bewegung »Kreuzzug für die Freiheit«, eine Propagandakampagne der USA, deren öffentliches Ziel es war, Spenden für den Sender Radio Free Europe zu sammeln, der in München stationiert wurde und Sendungen für Hörer in den ostmitteleuropäischen Staaten ausstrahlte.

140

Henry Ford II, Jg. 1917, US-amerikanischer Unternehmer, 1945–60 Präsident der Ford Motor Company, Enkel des Gründers der Ford Motor Company.

141

Im Original: »Harwestehunderweg«.

142

Tschechoslowakische Elbe-Oder-Schiffahrt (Československá plavba labsko-oderská – ČSPLO). Das Schifffahrtsunternehmen wurde 1922 gegründet, 1949 verstaatlicht und befuhr Elbe und Oder vornehmlich mit Lastenkähnen.

143

»Free Europe Press« wurde im August 1951 vom Nationalkomitee Freies Europa gegründet. Aufgabe war Druck und Herausgabe verschiedener einschlägiger Publikationen in den USA und Westeuropa und die Herstellung von Flugblättern. Die Flugblätter wurden mittels Ballons in die ČSSR, Polen und Ungarn verbracht.

144

In den Chemiewerken in Leuna und Buna wurden u. a. Schmier- und Treibstoffe hergestellt

145

Karl-Heinz Naase, Jg. 1922, Mitglied der LDP, 1946 Jugendreferent der LDPD Thüringen, 1947–49 Mitglied des Thüringer Landtags, 1948 Flucht in die Bundesrepublik, 1950–56 erst Mitarbeiter des »Hilfsdienstes Ost« der FDP, dann Leiter des Ostbüros der FDP in Bonn.

146

Max Pönack, Jg. 1892, hauptamtlicher Mitarbeiter der KgU (Decknamen »Barth«, »Daniel«, »Rabaul«), nach Ende des Zweiten Weltkrieges Mitarbeiter in der Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Kreises Bad Liebenwerda, ab 1951 für die KgU tätig, langjähriger Leiter der »Administrativen Störstelle« der KgU und Spezialist für die Anfertigung von Fälschungen. Vgl. Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959. Köln, Weimar, Wien 2015, S. 300, 361, 449.

147

Die Pariser Verträge wurden am 23.10.1954 zwischen den USA, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg sowie der Bundesrepublik Deutschland geschlossen und traten nach ihrer Ratifizierung am 5.5.1955 in Kraft. Das Vertragswerk bestand aus vier Einzelverträgen: Der revidierten Fassung des 1952 geschlossenen Deutschlandvertrages, der das Besatzungsstatut ablöste und mit dem die Bundesrepublik weitgehende außenpolitische Souveränität erhielt, den Beitritt der Bundesrepublik zur Westeuropäischen Union (WEU), einem kollektiven militärischen Beistandspakt zwischen der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und Italien, dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO und dem Abkommen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und Frankreichs über das Statut der Saar.

148

Gemeint ist das 1954 in Volkseigentum der DDR übergegangene Werk für Umformtechnik in Erfurt, das den Namen seines einstigen Gründers Henry Pels als »VEB Pressen- und Scherenbau Henry Pels« noch in der Firmenbezeichnung trug. Später wurde daraus der VEB Umformtechnik Erfurt, der 1970 Hauptbetrieb des neu gegründeten Kombinars Umformtechnik Erfurt »Herbert Warnke« wurde.

149

Gerhard Heyder, Jg. 1925, Gärtner, Verurteilung im Januar 1955 vor dem Bezirksgericht Magdeburg wegen Verbrechen nach Art. 6 der Verfassung der DDR (Boykott- und Kriegshetze) in Verbindung mit Kontrollratsdirektive 38 zu lebenslangem Zuchthaus, 1964 durch Gnadenentscheid auf 15 Jahre Zuchthaus herab- und zur Bewährung ausgesetzt bis 1969.

150

Gemeint ist der seit 1946 bestehende und unter US-amerikanischer Ägide arbeitende deutsche Nachrichtendienst »Organisation Gehlen«, der 1956 zum Bundesnachrichtendienst wurde. Ihr Leiter war Reinhard Gehlen, Jg. 1902, vor 1945 Chef der Abteilung Fremde Heere Ost beim deutschen Generalstab.

151

Die Dienststelle des Bevollmächtigten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen, nach ihrem Leiter, Theodor Blank, Jg. 1905, auch kurz »Amt Blank« oder »Dienststelle Blank« genannt, bestand seit Oktober 1950 und war die Vorläuferinstitution des Bundesverteidigungsministeriums.

152

Gemeint ist das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, das von 1949 bis 1957 von dem CDU-Politiker Jakob Kaiser geleitet wurde.

153

Im Original: »Ernst«. Ernest J. Salter (eigentlich Henry Max Friedrich Johansen), Jg. 1905, Publizist und Autor, vor dem Zweiten Weltkrieg Mitglied der KPD, dann der SPD, nach Kriegsende und sowjetischer Kriegsgefangenschaft Eintritt in die SED, trat aber wieder aus und ging 1948 nach Westberlin, dort Eintritt in die SPD, 1955–57 Abteilungsleiter für Ostfragen beim SFB, danach Berliner Korrespondent für den Deutschlandfunk und die Deutsche Welle, schrieb ab Mitte der 1960er-Jahre für »Die Welt«, Veröffentlichung zahlreicher Artikel in der Zeitschrift »Der Monat« und der österreichischen Kulturzeitschrift »FORVM«, galt als Kenner der Sowjetunion und entschiedener Kritiker des Stalinismus.

154

Der Vorsitzende der NTS war von 1955 bis 1972 Wladimir Dmitrijewitsch Poremski. Welche Funktion der genannte Kurbatow hatte, konnte nicht ermittelt werden.

155

Büro für Gesamtberliner Fragen – 1951/52 gebildet, dem Regierenden Bürgermeister von Westberlin unterstehende Einrichtung »zur Beobachtung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Vorgänge« in Ostberlin, die zugleich auch als Rechtsberatungsstelle für Ostberliner fungierte. Vgl. Arndt, Melanie: Gesundheitspolitik im geteilten Berlin 1948 bis 1961. Köln, Weimar 2009 (Zeithistorische Studien; 43), S. 99 f.

156

Joachim Lipschitz, Jg. 1918, SPD-Politiker, 1950–61 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, 1955–61 Berliner Innensenator.

157

Der Freiheitsbund Berlin e.V. wurde 1951 gegründet und existiert bis heute als Landesverband Berlin-Brandenburg im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Der Freiheitsbund war ein Schutzbund in Westberlin, der sozialdemokratisch dominiert und korporatives Mitglied im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold war.

158

John Foster Dulles, Jg. 1888, republikanischer Politiker, 1953–59 US-amerikanischer Außenminister.

159

Eleanor Lansing Dulles, Jg. 1895, US-amerikanische Diplomatin und Volkswirtschaftlerin, 1952–59 Leitung des Berlin-Ressorts im Bureau of German Affairs des US-Außenministeriums, hier verantwortlich für die Ausweitung der Hilfsprogramme und die Koordination der Zusammenarbeit der Marshallplan-Behörde mit alliierten und deutschen Behörden. Aufgrund ihres sozialen Engagements und ihres entscheidenden Einflusses beim Aufbau Westberlins wurde sie auch als »Mutter Berlin« bezeichnet.

160

Otto Dibelius, Jg. 1888, evangelischer Theologe, 1925 Generalsuperintendent der Kurmark im brandenburgischen Konsistorium, trotz NS-Sympathien 1933 amtsenthoben, später Mitglied der Bekennenden Kirche, 1945–66 Generalsuperintendent bzw. Landesbischof der altpreußischen Kirchenprovinz Mark Brandenburg, die sich zur Evangelischen Kirchenprovinz Berlin-Brandenburg verselbstständigte, 1949–61 Ratsvorsitzender der EKD.

161

Hans Böhm, Jg. 1899, evangelischer Theologe, in der Zeit des Nationalsozialismus Mitglied der Bekennenden Kirche, nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu seinem Tod 1962 Propst in Berlin und in dieser Funktion maßgeblich am Wiederaufbau der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg beteiligt.

162

Als »Politische Polizei« wird hier die Polizeiabteilung I der Westberliner Polizei bezeichnet, die Aufgaben des Staatsschutzes zu erfüllen hatte.

163

Das MfS verwendete die Abkürzung AIS für Army Intelligence Service. Gemeint ist wahrscheinlich der Military Intelligence Service (MIS). Der MIS war eine während des Zweiten Weltkrieges geschaffene Unterabteilung der Military Intelligence Division (MID), der Nachrichtendienstabteilung der US-Armee.

164

Im Original: »Lustei«. Rudolf Luster, Jg. 1921, Jurist, 1955–63 Senatsdirektor für Inneres in Westberlin, Luster gehörte 1954 zu den Mitbegründern des »Kuratorium Unteilbares Deutschland«.

165

Hans Globke, Jg. 1898, Jurist, Verwaltungsjurist im Reichsinnenministerium und Mitverfasser der Nürnberger Rassegesetze in der Zeit des

Nationalsozialismus, 1953–63 Chef des Bundeskanzleramtes unter Bundeskanzler Adenauer und dessen engster Vertrauter. Globke gilt als prominentestes Beispiel für den politischen Einfluss nationalsozialistischer Verwaltungseliten in der frühen Bundesrepublik.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv.